

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 25. November 1907

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Clara Seifin (Zunth), Wilhelmstraße, Post Vegerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwäch-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Aufruf an die Genossen Preußens. — Aufruf an die Genossinnen Deutschlands. — Weshalb die Arbeiterinnen die Verkürzung der Arbeitszeit noch nicht erreicht haben. Von Gustav Hoch. — Ein Dichter der Revolution. — Schulartzberichte. IV. Von Dr. Jodel. — Aus den Anfängen der Frauenbewegung. Von Anna Bloß. (Schluß.)

Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Ottenen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Gewerkschaftliche Unterrichtskurse für Arbeiterinnen in Nürnberg. — Von der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen in Österreich. Von a. p. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl.

Notizen: Dienstoffene. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Berichtigung.

Feuilleton: Einem mären Kämpfer. Von Leon Polly. (Gebicht.) — Aus dem „Hungerpastor“. Von Wilhelm Raabe.

Namen die erhobene Forderung vollen Bürgerrechts für das weibliche Geschlecht begründen. Selbst den Genossen in jeder Weise bei der Vorbereitung der Demonstrationsversammlungen. Kurz, beweist durch eure planmäßige und energische Arbeit zum Erfolg der Versammlungen, daß ausgenommenen Kampfes überhaupt, daß die Massen der proletarischen Frauen das Wahlrecht nachdrücklich verlangen, und daß sie reif sind, es im Interesse der Befreiung der Arbeiterklasse zu gebrauchen.

Genossinnen außerhalb Preußens, unterstützt und fördert die Aktion eurer Schwestern in Preußen, soviel ihr nur vermögt. Nicht zum wenigsten auch dadurch, daß ihr dort, wo es irgendwie möglich ist, die Frage des Frauenwahlrechts zur Behandlung stellt, daß ihr für das Frauenwahlrecht agitiert. Der Kampf eurer Schwestern in Preußen ist euer Kampf, jeder Hohlbreit, den sie vorwärts bringen, ist euer Erfolg.

Allermwärts ans Werk, in den Kampf!

Ottillie Vaader,

Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands.
Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

An die Parteigenossen Preußens!

Am 26. November tritt die Körperschaft, die auf Grund des elendesten aller Wahlgesehe gewählt ist, der preußische Landtag zu seiner letzten Tagung dieser Legislaturperiode zusammen. Es gilt alle Kraft einzusetzen, dafür zu sorgen, daß endlich jenes durch einen Gewaltstreich der Regierung eingeführte Wahlrecht beseitigt wird.

Wir fordern die Parteigenossen in ganz Preußen auf, am Dienstag den 26. November Massenversammlungen einzuberufen, um gegen das Unrecht, welches bald 60 Jahre bestanden hat, zu protestieren.

In den Orten, wo aus lokalen Gründen die Protestversammlungen am Dienstag den 26. November nicht möglich sind, möge man eine solche Versammlung an einem der folgenden Tage, spätestens aber am Sonntag den 1. Dezember einberufen, damit das preußische Volk in der ersten Woche des Zusammenseins des Landtags zum Ausdruck bringt, wie es über die Schmach des Dreiklassenwahlrechts denkt.

Der Parteivorstand.

Der Zentralvorstand der acht Wahlkreise
Groß-Berlins.

An die Genossinnen!

Genossinnen! Der vorstehende Aufruf leitet den neuerlichen Ansturm des Proletariats in Preußen gegen das erbärmliche, volksfeindliche Dreiklassenwahlrecht ein, das heißt für Eroberung des allgemeinen Wahlrechts. Ihr wißt, daß im Kampf für dieses Recht auch für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts gekämpft wird. Das allgemeine Wahlrecht, für welches die Sozialdemokratie in die Schlacht zieht, ist entsprechend dem Beschlusse des Internationalen sozialistischen Kongresses zu Stuttgart das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen, ohne Unterschied des Geschlechts, begreift also das Frauenwahlrecht in sich. Genossinnen, seid dieser Tatsache eingedenk wie der Aufgaben, die sie euch auferlegt. Derselbe Internationale Kongress, der die Sozialdemokratie zum Kampf für das volle Bürgerrecht der Frau verpflichtete, machte es den Genossinnen zur Pflicht, sich an allen Kämpfen, welche die sozialistischen Parteien für die Demokratisierung des Wahlrechts führen, mit höchster Kraftentfaltung zu beteiligen, aber auch mit der nämlichen Energie dafür zu wirken, daß in diesen Kämpfen die Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts nach ihrer grundsätzlichen Wichtigkeit und praktischen Tragweite ernstlich verfolgt wird.

Genossinnen in Preußen, sorgt dafür, daß die bevorstehenden Wahlrechtsdemonstrationen sich überall in unzweideutiger Weise auch zu Demonstrationen für das Frauenwahlrecht gestalten. Beteiligt euch alle, bis zur letzten, an diesen Kundgebungen des proletarischen Willens. Agitiert mit Feuereifer dafür, daß die Frauen des werktätigen Volkes, Arbeiterinnen wie Arbeiterfrauen, in Massen den Versammlungen zufließen. Besprecht euch, damit in denselben rebege wandte Genossinnen in eurem

Weshalb die Arbeiterinnen die Verkürzung der Arbeitszeit noch nicht erreicht haben.

Die Notwendigkeit, daß die tägliche Arbeitszeit der Arbeiterinnen durch ein Schutzgesetz verkürzt wird, ist von den Klassenbewußten Arbeitern frühzeitig erkannt worden. Schon in der ersten Session des Norddeutschen Reichstags, im Herbst 1867, bemühte sich der sozialdemokratische Abgeordnete v. Schweiher, einen von ihm ausgearbeiteten Gesetzesentwurf zum Schutze der Arbeit gegen das Kapital zur Beratung zu bringen. In dem Entwurf, der sich auf alle Unternehmungen mit mindestens 10 Lohnarbeitern erstrecken sollte, war unter anderem der zehnstündige Maximalarbeitsstag für alle Arbeiter verlangt. Auf diese Weise sollte die tägliche Arbeitszeit auch der Arbeiterinnen auf höchstens 10 Stunden beschränkt werden. Bei der Beratung der Gewerbeordnung im Jahre 1869 im Norddeutschen Reichstag beantragten die sozialdemokratischen Abgeordneten wiederum, daß die Arbeitszeit durch einen gesetzlich festzulegenden Maximalarbeitsstag beschränkt werde. Sobald im Jahre 1877 die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag stark genug geworden war, um einen selbständigen Antrag einzubringen — wenn auch noch mit Unterstützung einiger anderer Abgeordneter —, arbeitete sie einen umfassenden Arbeiterschutzgesetzentwurf aus. Hier war die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit der Arbeiterinnen auf 8 Stunden vorgesehen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten brachten von jetzt ab bei jeder passenden Gelegenheit ihre Arbeiterschutzentwürfe, darunter auch den Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit, wieder ein. So in der Session 1884/85, 1885/86 usw. Nach den bekannten Februarerlassen des jetzigen Kaisers im Jahre 1890 legten die Regierungen einen Entwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung vor, durch den unter anderem die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen auf 11 Stunden, Sonnabends auf 10 Stunden beschränkt werden sollte. Bezeichnend ist die folgende Stellung aus der Begründung der Vorlage:

„Bei dem Maße dieses gesetzlichen Schutzes, wie es in dem Entwurf innegehalten wird, kann auch die Befürchtung nicht für begründet erachtet werden, daß dadurch und namentlich durch die Begrenzung der täglichen Arbeitszeit die Erwerbstätigkeit der Arbeiterinnen und die Konkurrenzfähigkeit der beteiligten Industriezweige gefährlich werden könne. Für die Mehrzahl der gewerblichen Arbeiterinnen bedeutet diese Einschränkung keine wesentliche Verminderung der bisherigen regelmäßigen Arbeitszeit.“

Die Sozialdemokraten hatten verlangt, daß die Arbeitszeit der Frauen auf 10 Stunden, Sonnabends auf 8 Stunden verkürzt werden soll. Die bürgerlichen Parteien stimmten aber der Regierungsvorlage zu. Damit gaben sich die Sozialdemokraten nicht zufrieden, sondern regten stets wieder die weitere Verkürzung der Arbeitszeit an und stellten im Jahre 1900 einen Antrag auf gesetzliche Festlegung des zehnstündigen Maximalarbeitsstags.

Demnach haben es die sozialdemokratischen Abgeordneten an den nötigen Anregungen zur Verkürzung der Arbeitszeit wahrlich nicht fehlen lassen. Die bürgerlichen Parteien waren aber für diesen unbedingt notwendigen Schutz nicht zu haben. Freilich vor und bei den Wahlen waren sie mit schönen Versprechungen bei

der Hand. So wurde auf Antrag des Zentrums vor den Wahlen vom Jahre 1898 im Reichstag beschlossen, die Regierungen um — Erhebungen über die Beschäftigung verheirateter Frauen in Fabriken zu ersuchen. Die Erhebungen wurden veranstaltet und ergaben — was auch schon vorher bekannt war —, daß die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen dringend notwendig und ohne Schwierigkeiten durchführbar war. Als darauf die Sozialdemokraten nachdrücklich die gesetzliche Festlegung der kürzeren Arbeitszeit forderten, da ließ das Zentrum bei der Beratung des Etats im Jahre 1902 erklären, daß es — bedenklich sei, während der damals herrschenden Krise der Industrie und den Arbeitern eine solche Last aufzuladen; man müsse sich vielmehr mit „Forderungen idealer Art“ begnügen. Und das, trotzdem es auf der Hand liegt, daß gerade in der Zeit eines schlechten Geschäftsganges, wenn die notwendige Arbeit verhältnismäßig knapp ist, die Verkürzung der Arbeitszeit sich von selbst ergibt und deshalb um so leichter durch die Gesetzgebung festgelegt werden kann. Die anderen bürgerlichen Parteien und die Regierungen sind aber dem schönen Beispiel des Zentrums bereitwillig gefolgt. So ist die Verkürzung der Arbeitszeit von Jahr zu Jahr verschleppt worden.

Inzwischen freilich sind die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht untätig geblieben. Die Klassenbewußten Arbeiterinnen wie auch die Gewerkschaften haben unermüdet für die Verkürzung der Arbeitszeit agitiert. Die Frauenkonferenz zu Mainz im Jahre 1900 bereitete, dem Beschluß des sozialdemokratischen Parteitag zu Hannover im Jahre 1899 entsprechend, eine allgemeine Versammlungsbewegung für Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes vor und damit selbstverständlich auch für die Verkürzung der Arbeitszeit. Die in den Versammlungen angenommene Resolution wurde als Petition dem Reichstag zugestellt. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Dresden im Jahre 1908 wurde die sozialdemokratische Fraktion beauftragt, die von den sozialdemokratischen Arbeiterinnen aufgestellten Forderungen im Reichstag zu vertreten. Das ist denn auch von den sozialdemokratischen Abgeordneten immer wieder geschehen. Zu gleicher Zeit haben die Gewerkschaften mit gutem Erfolg danach gestrebt, die Arbeitszeit in den einzelnen Industriezweigen und Betrieben mehr und mehr zu verkürzen. Daher konnten sich die sozialdemokratischen Redner im Reichstag darauf berufen, daß jetzt die Situation bezüglich des zehnstündigen Tages dieselbe sei, wie sie es im Jahre 1890 bezüglich des 11stündigen Tages gewesen: ein sehr großer Teil der Arbeiterinnen arbeitet nicht länger als 10 Stunden. Daher würde die gesetzliche Festlegung des zehnstündigen Maximalarbeitsstags nur den Wert haben, daß das Handwerk jenen Unternehmern gelegt wird, welche die Ausbeutung der Arbeiterinnen bis über das allgemein übliche Maß treiben, und daß die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 9 und 8 Stunden vorbereitet wird.

Das Zentrum aber hat sich beeilt, im vorigen Reichstag, als es noch ausschlaggebende Partei war, diese Wirkung des zehnstündigen Tages möglichst zu vereiteln. Der Zentrumsgesandte Trindorn gab im Reichstag am 7. Februar 1905 den Regierungen den Rat: „Ein Gesetz, welches den zehnstündigen Maximalarbeitsstag einführen würde, müßte selbstverständlich für Ausnahmen einen weiten Spielraum lassen. Es müßte Rücksicht genommen werden auf Saisonindustrie und auf Kampagneindustrie, es müßte in dem Gesetz ein sorgfältig abgemessenes System von Ausnahmen vorgesehen werden, es müßten Überstunden und Übergangsrufen vorgesehen werden.“ Das haben die Regierungen wieder freudig aufgenommen und bereits erklärt, daß das neue Gesetz eine Fülle von Ausnahmen zulassen wird.

Was das für die Arbeiterinnen bedeutet, läßt sich aus der Zahl der Ausnahmen ersehen, die schon jetzt, also bei elfstündiger Arbeitszeit, den Unternehmern gestattet worden sind. So wurden im letzten Jahre in 2610 Betrieben nicht weniger als 2464879 Überstunden an den Wochentagen außer Sonnabend gestattet. Dazu kommt noch die Überarbeit an den Sonnabenden, die sich bis zu drei Stunden ausdehnte und für 19810 Arbeiterinnen bewilligt wurde. Ein sehr großer Teil der Überarbeit entfällt auf die Textilindustrie. Von den 2610 Betrieben, denen überhaupt Überarbeit genehmigt worden ist, sind nicht weniger als 1274 — also fast die Hälfte der Gesamtzahl — Textilfabriken. Von den 2464879 bewilligten Überstunden wurden nicht weniger als 1024726 in den Textilfabriken gemacht. Von den 19810 Arbeiterinnen, die an den Sonnabenden länger arbeiten mußten, waren 1671 Textilarbeiterinnen. Wieviel Überstunden werden erst die Textilbarone beanspruchen, wenn die gesetzlich zulässige längste Arbeitszeit

auf zehn Stunden pro Tag verkürzt wird? War es doch gerade ein Teil dieser Herren, der sich bisher mit allen Kräften bemüht hat, die Verkürzung der Arbeitszeit zu verhindern.

Die Arbeiterinnen haben demnach die Verkürzung der Arbeitszeit deshalb nicht erreicht, weil die bürgerlichen Parteien mehr dem Profitinteresse einiger rücksichtsloser Kapitalisten gehorcht haben als dem Lebensinteresse der Arbeiterinnen und dem Kulturinteresse der Gesamtheit. Aus demselben Grunde besteht die Gefahr, daß auch bezüglich des Zehnstundentags der Segen, der durch die Verkürzung der Arbeitszeit erstrebt wird, infolge unzähliger Ausnahmeverordnungen vereitelt werden kann. Nur ein möglichst starker Druck der Arbeiterbewegung auf die bürgerlichen Parteien wird es durchsetzen können, daß endlich die Arbeitszeit ernsthaft, das heißt unter ausdrücklichem Verbot von Ausnahmen verkürzt wird. Gustav Hoch-Panau.

Ein Dichter der Revolution.

„Politisch Lied, ein garstig Lied“, das ist ein Dogma, von dem es heute eindringlicher und nicht selten auch aufdringlicher als je in dem weltabgekehrten künstlichen Reiche prächtig gleißender Schatten widerhallt, das ein defabentes Künstlergeschlecht sich erschafft. Und die Sippe der zahlungsfähigen Kunstgenießenden und Kunstverständigen, welche die künstlerische Entwicklung der Zeit mit dem gleichen Ernst und Eifer verfolgt wie etwa die Wandlungen der Mode in Paris und Wien, läßt der ästhetischen Verfeinerung der „Tendenz“ frenetisch Beifall. Bewußt oder instinktiv grüßt sie in ihr die theoretische Verklärung der zunehmenden Ohnmacht der besitzenden Klassen, aus der abstoßenden Wirklichkeit ihrer Herrschaft heraus eine Ideologie zu entwickeln, welche in kraftstrotzender Fruchtbarkeit großzügige künstlerische Schöpfungen befeuert und gestaltet. Bewußt oder instinktiv bejubelt sie in ihr die ästhetische Verbrämung des Hasses der herrschenden Klassen gegen die zukunftsfeudale Ideologie, welche den ausgebeuteten Massen aus ihrem Kampf gegen die bürgerliche Ordnung erwächst, eine Ideologie, welche der Bourgeoisie sowohl als unbehagliche Erinnerung an ihre revolutionäre Vergangenheit entgegentritt, wie als drohende Mahnung an ihre herausziehende Ötterdämmerung. Die Geschichte der Kunst straft freilich die Worte Lügen, welche die „Tendenz“ im Reiche des Schönen ächten sollen. Sie weist aus, daß zu allen Zeiten der geistige Gehalt großer sozialer Bewegungen und Kämpfe Schöpfungen vom höchsten und dauernden künstlerischen Wert Leben und Gestalt verliehen hat. Das Proletariat braucht sich daher wahrlich nicht als einer Barbarei der Tatsache zu schämen, daß es mit Schiller die Kunst als eine „moralische“ Macht einschätzt und sich von ihren Gebilden am tiefsten erfassen läßt, wenn es in ihnen vom Besten seines eigenen geschichtlichen Wesens einen Hauch verspürt, wenn es in ihnen mit reifen künstlerischen Mitteln die Ideen gestaltet findet, deren Träger es in seinem Emanzipationskampf ist. Es ist ein Zeichen seiner gefundenen Kraft, aus der Zukunftshoffnung jauchzt, daß die Dichter vor allem seinem Herzen teuer sind, die ihre Leier auf soziale und politische Kampfesweisen stimmen und ihre Lieder als geharnischte Rufen zum Streit seinen Heerhaufen voraussenden. Solch ein Dichter und der meisterlichsten einer war Ferdinand Freiligrath.

Als Sohn eines Lehrers wurde er am 17. Juni 1810 zu Detmold geboren, und von dem kurzen Zwischenspiel in den vierziger Jahren abgesehen, wo er als freier Schriftsteller ganz seinem inneren Berufe zu leben vermochte, hat er als Kaufmann das Brot der Abhängigkeit essen müssen, bis dem alternden, müden Manne endlich ein sogenannter „Danke des Vaterlandes“ eine sorgenfreie Existenz schuf. So ist sein Lebenskreis äußerlich in der Welt jener „Tagelöhner mit dem Geiste“ beschloffen gewesen, deren Geschick er in seinem so stolzen wie ergreifenden „Requiescat“ besungen hat. Und wenn ihm auch erspart geblieben ist, „mit Schädel und Hirn hungernd pflügen“ zu müssen, so hat er doch als Fanfarenbläser der Revolution, der von der Reaktion von Land zu Land gesprengt und endlich 17 Jahre ins Exil gebannt wurde, ein reichlich Teil Not und Sorge erfahren, besonders auch den zehrenden Schmerz des Mannes, der in den Versen nachzittert:

„Nach den Wolken flog sein Streben: —
Tief im Staube von der Hand
In den Mund doch muß' er leben!“

Seine Seele hat trotz alledem nicht „getagelöhnet“, denn Freiligrath schöpfte aus des Kopfproletariats Welt voll Widerspruch zwischen Schein und Sein das Erhabenste, das Wertvollste, was sie dem zu geben vermag, der es verschmäht, gedankenlos oder käuflich auf dem Boden bürgerlicher Gesinnung Hüften zu bauen: revolutionären Grimm, revolutionäre Leidenschaft. War die Revolution selbst der fruchtbare geschichtliche Mutterboden, auf dem die marigolten, tiefsten und packendsten seiner Schöpfungen erwachsen, so gab die Blut der Leidenschaft, mit der er das Wehen und Wehen der vierziger Revolutionsperiode erfasste, die Sonne, die ihnen eine Farbe verlieh, die noch heute leuchtet, und einen Duft, der die Herzen berauscht, wo und wann immer für die Freiheit gekämpft wird.

Anders konnte es für ihn nicht sein, der seine künstlerischen Inspirationen nicht aus literarischen Grübeleien gewonnen, sondern aus der Wirklichkeit empfing und daher vom Leben dann am höchsten befeuert und beflügelt wurde, als es ihm in der schöpferischen Kraft revolutionären Sturmes und Dranges entgegenbrauste. Was Freiligrath von den

sozialen und politischen Gedichten sagt, die er 1844 als sein „Glaubensbekenntnis“ herausgab, daß „keines von ihnen gemacht, daß jedes durch die Ereignisse geworden“ sei, daß spiegelte ja einen Grundzug seiner Eigenart wider. Wenn er als Jüngling den feurigen Renner seiner Phantasie mit verhängtem Jügel durch die fremdländische Pracht ferner Zonen streifen ließ, die Blut tropischen Lebens in lähne Reime und farbenfette Bilder bannte: waren weit weniger die Einflüsse der ausklingenden romantischen Dichterschule maßgebend dafür, als die Anregungen, die ihm als Kaufmann in Amsterdam wurden, wo der Welthandel die Meere überbrückte und Dinge und Menschen von Nord und Süd, Ost und West zusammenwürfelte. Sie sind daher auch nicht der Ausdruck einer kulturmäden Flucht aus einer gärenden, unbegriffenen Gegenwart zur Natur, welche dem überfüllten neuen Genußfreudigkeit verleiht, zur Barbarei, welche der Schwächling als Kraft empfindet. In ihnen äußert sich vielmehr jene echte weltbürgerliche Gesinnung, die eine herrliche Frucht der modernen Weltwirtschaft ist und von dem festen Bewußtsein der Solidarität getragen wird, welche die Menschen aller Nationen, Rassen und Kulturstufen zur Menschheit zusammenbindet. Und es waren wiederum nicht die heilsmeternenden „eisernen“ Verheerungen der Dichter des jungen Deutschland, die Freiligraths Muse dazu bestimmten, aus der Ferne in die Heimat zurückzukehren und nach kurzer Rast vor sagenumwobenen Denkmälern der Vergangenheit im glänzenden Panzer, reißig gegürtet auf das politische Blachfeld zu treten. Es war die „Wendung der Dinge“ selbst, das heiße Ringen zwischen den vorwärtstreibenden geschichtlichen Mächten und der sich ihnen entgegenstemmenden vormärzlichen Reaktion, die ihm im „Herbst“ das Selbstbekenntnis ablockte: „Ich träumte, statt zu leben“, und ihn mahnte: „Wach' auf! Rehr' ein im eignen Hause! Du Sinner, besinne dich!“ Das Besinnen aber brachte die Überzeugung: „Ein junges Deutschland wird erstehen“, ein einiges, freies Deutschland, dessen Geburtsheiferin die vom Proletariat getragene Revolution sein müsse.

„Wir sind die Kraft, wir hämmern jung das alte, morsche Ding,
den Staat,

Die wir von Gottes Zorne sind bis jetzt das Proletariat!“

Und dieses Proletariat rief den tobenden reaktionären Mächten siegesgewiß entgegen:

„Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht,
Unser die Welt, trotz alledem!“

Nicht in sprunghaftem Wechsel kam Freiligrath zur Opposition und dann zur Revolution. Daß er von der „höheren Parte“, auf der nach seiner früheren Meinung der Dichter stehen sollte, auf die „Zinnen der Partei“ herniederstieg und schließlich im revolutionärsten Lager, dem der „Neuen Rheinischen Zeitung“, an der Seite von Marx und Engels saß, war das Ergebnis „eines Fortschreitens seiner Entwicklung“. Und es zeigt, welche starke Quellen seiner Kraft in dem Gefühl seines Verbundenseins mit der Allgemeinheit lagen, daß er seine Entwicklung nicht als die weltbewegende Grostat eines Übermenschen begriff, vielmehr als Teil des geistigen Prozesses, den die Nation in ihrem Ringen nach politischem Bewußtsein und nach politischer Durchbildung als Gesamtheit selbst durchlaufen mußte. Die verschiedenen Stufen seines Werdegangs als revolutionärer Kämpfer werden durch die zwei Hefte Gedichte „Glaubensbekenntnis“ bezeichnet, durch die lähn herausfordernden Dichtungen, die 1846 unter dem Titel „Ca ira“ erschienen, und in denen bereits der heiße Odem der Revolution weht, endlich durch die „Neueren politischen und sozialen Gedichte“, die zum Teil zuerst in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ zur Veröffentlichung gelangten und recht eigentlich Kinder der Revolution selbst sind, denen leidenschaftlicher Rebellentrost jede Muskel strafft, jeden Nerv zornglühend und begeistert schwingen läßt, aufpeitschende Worte und gewaltige Bilder auf die Zunge legt.

Freiligrath konnte als Dichter ein Ganzer und ein Großer werden, weil er ein ganzer Mann war. „Durch Wort und Tat hat er sich offen und entschieden“ zu seiner Überzeugung bekannt, hat er für sie ohne Zillschen mit stolzer, schlichter Männlichkeit alles eingeseht, was er zu geben hatte: einen großen Ruf als Dichter, eine kaum geficherte freie Lebensstellung, die einem geliebten Weibe und blühenden Kindern ein trauliches Heim bot, eine glänzende Zukunft, das Vaterland. 1844 verzichtete er auf die kleine Pension von 300 Talern, die ihm ungewünscht und von ihm ungewollt 1842 durch A. v. Humboldt von dem Romantiker auf Preußens Königsstern erwirkt worden war. Und kaum hatte er in dem erstgenannten Jahre durch die Veröffentlichung seines „Glaubensbekenntnisses“ „In die Stidluft dieser Tage Dieses Büchleins lecken Schuß“ entfendet, so war seines Weibens und vor allem seines unbehinderten dichterischen Wirkens in Deutschland nicht länger. Aber Brüssel, wo er unter anderem auch mit Karl Marx bekannt wurde, mit dem ihn dann lebenslängliche Freundschaft verband, ging er nach Rapperswil in die Schweiz. Schon zwei Jahre später siedelte er nach London über, wo er, um den Seinen eine Existenz zu schaffen, zum kaufmännischen Beruf zurückkehren mußte. Als aber der revolutionäre Märzsturm durch Deutschland brauste, trieb es ihn auf den Kampfsplatz. Er trat in die „Reiseschuh“, ließ sich in Düsseldorf nieder und trat später in den Redaktionsstab der „Neuen Rheinischen Zeitung“ zu Köln ein, die unter der genialen Leitung von Marx vom Standpunkt des revolutionären Sozialismus aus durch unbarmherzige Kritik die bürgerliche Demokratie vorwärts zu peitschen suchte zur kraftvollen Erfüllung ihrer politischen Aufgabe und der politischen Liquidation des feudal-absolutistischen Staats. Der leidenschaftliche Ruf der „Toten an die Lebenden“, in dem die Berliner Barriladen-

kämpfe und ihr Nachspiel im Schloßhof wie die Pariser Junischlacht erschütternd, wie Posaunen des Gerichtes, nachklingen, brachte dem Dichter die Verhaftung und einen Prozeß, der mit Freispruch endete. Freiligrath schlug nun sein Zelt in Köln auf, wo er im Mai 1849 der letzten Nummer der verbotenen „Neuen Rheinischen Zeitung“ unsterbliche Abschiedsworte schrieb, in denen ein unbezwingbarer Kampfesstrog glühte:

„Nun adieu! — doch nicht für immer adieu!
Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!
Bald richt' ich mich rasselnd in die Höh',
Bald lehr' ich reißiger wieder!
Wenn die letzte Krone wie Glas zerbricht
In des Kampfes Wettern und Flammen,
Wenn das Volk sein letztes „Schuldig“ spricht,
Dann stehen wir wieder zusammen!“

Aber auch in Köln konnte Freiligraths Weibens nicht lange sein, ebensowenig wie in Bilk bei Düsseldorf. Im Mai 1851 mußte er nach London und in das alte Joch kaufmännischer Erwerbsfron zurück, und zwar unter ungünstigeren Verhältnissen, als er es früher getragen hatte. Die Reaktion rächte sich an dem genialen Rufer zum Streit, wo „ein Haben und Drüben nur gilt“, durch zwei Stedbriefe wegen Majestätsbeleidigung und wegen Teilnahme an einem Komplott, dem zusammengefügten „Komplott“ des Kommunistenprozesses. Der Thronwechsel in Preußen öffnete ihm nicht, wie manchem Kämpfer der vierziger Jahre, die Tore der Heimat. Freiligrath war zu stolz und zu treu, um die Bedingungen zu erfüllen, an welche der Genuß der Amnestie geknüpft war: darum zu petitionieren und sich dem Gericht zu stellen. Erst 1858 kehrte er nach Deutschland zurück und ließ sich — um Weiterungen zu entgehen — in Cannstatt bei Stuttgart nieder. Hier hat ihn am 18. März 1876 „der Geistesreiter am Krankenstuhl“ dahingerafft, dessen tüchtiges Würgen der Dichter in dem wundervollen „Lied vom Tode“ dem „Befreierod“ im revolutionären Kampfe entgegengestellt hatte, den „Tod für die Menschheit, das Vaterland“, der „die Besten, die Kühnsten ans Herz reißt und mild und feurig fallen läßt“.

Wenn Freiligrath der Revolution viel gegeben hat, so hat er doch noch mehr von ihr empfangen. In ihrer Bluthige gedieh seine Begabung zu voller Blüte und Reife, in ihr entwickelte sich seine Eigenart zu höchster künstlerischer Meisterschaft. Einzelne Erzeugnisse seiner Stimmungskyrik dürfen sich neben die besten ihresgleichen stellen, die vollkommensten Schöpfungen seiner Revolutionskyrik dagegen sind nur von ganz wenigen Dichtern erreicht, von keinem übertroffen worden. Daß aber der Ideengehalt seiner revolutionären Rhapsodien noch heute mit dem Zauber frischer Unmittelbarkeit wirkt, als wären sie soeben geschrieben, verdankt Freiligrath unstreitig dem flürenden Einfluß des Freundeskreises, dessen geistige Zentralfonne Karl Marx war, und nicht zum mindesten seiner Freundschaft mit diesem selbst. Dant diesem Einfluß hat der Dichter sich über die seichten Gewässer der rein bürgerlich radikalen Demokratie erhoben und die Rolle des Proletariats als Träger der Revolution erkannt. Es ist der Geist der „Neuen Rheinischen Zeitung“, der in den besten seiner revolutionären Gedichte wagemutig und siegesgewiß umgeht, und da sie zu einer Revolution rufen, welche das Proletariat zwar in den vierziger Jahren bereits mit begonnen hat, die es aber in der Zukunft allein zu Ende führen muß: berühren sie die proletarischen Klassenkämpfer als lebensvolle Gegenwart. Freiligraths Kampfeskyrik ist mit der Flutwelle der Revolution gestiegen und mit ihrem Vergehen verschwunden. Aber nicht als leise verrinnender Wasserfaden, sondern als mächtiger Strom, den plötzlich der Abgrund verschlingt. In der „Revolution“ und der „Schlacht am Birkenbaum“, zwei Gefängen von prophetischer Glaubenskraft und visionärem Glanze, ist sie rein und stark ausgeklungen.

Nach dem Zusammenbruch der Hoffnungen auf die Revolution hat die Alltäglichkeit des Lebens Asche auf die Flamme von Freiligraths revolutionärem Empfinden geschüttet: ganz ist diese trotz alledem nie erloschen. Wohl hat der Dichter an der Schwelle des Dreißigeralters unter dem Eindruck der Ereignisse von 1870/71 dem Kampf mit Frankreich und der Aufrichtung des einigen Deutschland einige Poesien gewidmet. In ihnen schwingen jedoch ebenso wenig mordspatriotische Töne mit, als Regimentsumstellungen zur Verherrlichung des Hohenzollern, dagegen tritt in ihnen tiefe Menschlichkeit, der es „die Brust zusammenschürt, wenn sie an das Blut denkt, das fließen wird“, die erschütternd um „die Toten, die Toten“ klagt. Geradezu Leichenschändung ist es, wenn eine vor Thron und Geldsack dienstbesessene Literatenlitteratur Freiligrath in Klasse vor der Bundeslade des Deutschen Reiches unter preußischer Spitze tanzen läßt. Das belundet die folgende Stelle aus einem Briefe des Dichters an seinen Freund Berthold Auerbach: „Zag' brauche Dich nicht daran zu erinnern, wie ich in den Tagen der Gefahr mich rüchhallos auf die nationale Seite gestellt habe. Daß ich aber darum das „Reich“, wie es aus dem Kampfe hervorgegangen ist, für das Höchste halten sollte, für das Ideal, nach dem wir alle gestrebt, für das wir Keuter und Exil nicht geschaut haben, das, Lieber, fällt mir nicht ein. Ich akzeptiere die Dinge, wie sie sind, als eine zeitweilige Notwendigkeit, aber ich begeistere mich nicht dafür. Ich ehre Deine Ansicht, weil ich weiß, daß sie auf Wahrheit und ehrlicher Überzeugung beruht, aber ich teile sie nicht.“

Als ein Dichter der Revolution ist Freiligrath heute in Deutschland nur noch der Dichter des Proletariats, und in seiner jauchzenden, zukunftsicheren Kampfesfreude, in seinem unbeugsamen Rebellentrost ist er das wie kein zweiter. Die

Buchhandlung „Vorwärts“ hat sich deshalb wohl verdient damit gemacht, daß sie von einem bürgerlichen Verlag eine Ausgabe von Freiligraths' gesamten Werken übernommen hat, die in 3 Bänden in gutem Druck und sauberer Ausstattung vorliegt. Der geringe Preis von 3 M. macht die Anschaffung großen proletarischen Kreisen möglich. Möge das Weihnachtsfest daher Freiligraths' Werke als wertvolle Gabe in viele Arbeiterfamilien tragen, nicht bloß zur Erquickung und Erhebung der Alten, sondern besonders auch zur Erziehung des heranwachsenden Geschlechtes, das flammende, revolutionäre Begeisterung, hohe künstlerische Werte aus ihnen heben kann. Den Arbeiterbibliotheken sei dringend die Anschaffung der Freiligraths'schen Werke empfohlen. Ihre Leser werden es ihnen dank wissen. Die Ausgabe enthält außer Freiligraths' eigenen Gedichten auch seine zahlreichen vorzüglichen Übersetzungen von bedeutenden französischen, italienischen, amerikanischen und vor allem englischen Poesien. Seiner weltbürgerlichen Gesinnung getreu, hat er durch die Übersetzungen — wie sie nur der Dichter geben kann — an dem Pantheon der Weltpoesie gearbeitet, an dem wir seit Herder fort und fort bauen. Diese Verdeutschungen und Nachdichtungen sind gerade für das Proletariat eine bedeutsame Gabe.

An der Ausgabe haben wir in der Hauptsache nur auszuwählen, daß sie die Muttermaße ihrer bürgerlichen Herkunft trägt. Das eine in Gestalt des einleitenden Gedichtes „An Deutschland“, einer höheren Gelegenheitspoesie aus der Zeit des deutsch-französischen Krieges, das weder durch seinen Gedankeninhalt noch durch seine künstlerischen Vorzüge für Freiligraths' stark geprägte Eigenart charakteristisch ist. Es ist offenbar bestimmt, die Rolle des patriotischen Mantels zu spielen, dank dessen ein gut bürgerliches Publikum nicht von vornherein durch den Anblick der schwertgezierten revolutionären Lieder der Freiligraths'schen Kunst geschreckt werden soll. Das zweite Merkmal ist die Biographie des Dichters von Schmidt-Weissenfels. Wir bemerken nicht härter als verdient das Bemühen, die wilde revolutionäre Löwenmähe des Dichters patriotisch fittig zu frisieren. Verglichen mit anderen derartigen Leistungen hat er sich in anständigen Grenzen gehalten. Wir anerkennen auch, daß die Biographie die Schöpfungen voll revolutionären Sturmes und Dranges nicht herabwürdigt, vielmehr würdig und mit einem gewissen Grade von Sympathie behandelt. Allein sie hat sie auch nicht genügend in ihrem organischen Zusammenhang mit der Zeit erfasst, aus der sie geboren sind, und daher ist sie auch Freiligraths, dem revolutionären Sänger, weder geschichtlich noch ästhetisch ganz gerecht geworden. Und wenn auch die Gedichte selbst die beste Korrektur des letzteren Mangels sind, so bleibt der andere fühlbar in dem Fehlen des geschichtlichen Untergrundes, auf dem Freiligraths' starke Persönlichkeit sich künstlerisch entfalten konnte.

Wir heben hervor, was uns an der Ausgabe mangelhaft dünkt, um die Buchhandlung „Vorwärts“ anzuregen, ein neues und größeres Verdienst demjenigen hinzuzufügen. Freiligraths' Werke dorthin zu bringen, wozu sie vor allem gehören: unter die proletarischen Massen. Heute sind zur Neuauflage die Werke sehr vieler Meister der deutschen Literatur aus der Zeit frei, wo die Bourgeoisie die Schlachten ihrer Emanzipation auf dem Gebiet der Kunst und Philosophie geschlagen hat, und von der verbindende Fäden zu dem proletarischen Befreiungskampf hinüberführen. Solche Werke, eingeleitet und kritisch beleuchtet vom Standpunkt des historischen Materialismus aus, sollte die Buchhandlung „Vorwärts“ in eigener Ausgabe und geschmackvoller Ausstattung zu niedrigen Preisen unter das Proletariat tragen. Sie würde damit dessen künstlerische wie geschichtliche und allgemeine Bildung von Geist, Herz und Charakter wesentlich fördern. An Persönlichkeiten, welche die vorliegende Aufgabe lösen können, fehlt es der Sozialdemokratie nicht, und müssen wir in diesem Zusammenhang den Namen Mehring nennen, so nicht, weil Genosse Mehring der einzige, wohl aber weil er der berufenste wäre, das Proletariat in die Kulturwelt der deutschen Literatur einzuführen. Hinter der Buchhandlung „Vorwärts“ steht die Gesamtpartei, die den Betrieb der Notwendigkeit enthebt, aus jedem Unternehmen um jeden Preis den höchstmöglichen Gewinn ziehen zu müssen. Es liegt hier eine hochbedeutende Kulturfrage vor, und die Partei wird, sie muß gern bereit sein, sie auch um den Preis von Opfern zu erfüllen.

Schularztberichte.

Von Dr. Jadel.

IV.

Ein wichtiges Kriterium für die Beurteilung des Gesundheitszustandes und der körperlichen Entwicklung der Schulkinder gibt das Maß und die Wage. Nicht überall finden wir diese in der Anwendung ebenso einfachen wie in ihren Ergebnissen einwandfreien Hilfsmittel erwähnt. Zum Teil, wie wohl in Berlin (vergleiche die Anmerkung * auf der dritten Spalte), weil es an Zeit für Wägungen und Messungen fehlt, respektive die Zahl der Schularzte zu gering ist, zum Teil, wie es im Bericht von Vorklagen-Rummelsburg heißt, „konnten Wägungen und Messungen nicht vorgenommen werden, da die notwendigen Apparate nicht vorhanden waren“. Messungen der Körpergröße wurden vorgenommen in Mannheim, Nürnberg, Frankfurt, Braunschweig und Brunn, Messungen des Brustumfangs in Nürnberg und Braunschweig, Bestimmungen des Körpergewichtes in Frankfurt a. M., Mannheim, Brunn.

In Mannheim wurden an 5426 Knaben und 3356 Mädchen Messungen vorgenommen, um die Einordnung der Schüler in die ihrer Körpergröße entsprechenden Schulbänke zu ermöglichen, außerdem bei 369 in die Ferienkolonien ge-

schickten Kindern das Körpergewicht vor und nach den Ferien festgestellt, um zu ermitteln, welche Änderungen durch die besseren Ernährungsverhältnisse bewirkt worden waren.

In Braunschweig ergaben die Messungen, daß bis zum fünften Schuljahr beide Geschlechter annähernd gleich groß waren; im letzten Schuljahr (um die Zeit der Geschlechtsreife) übertrafen die Mädchen um 1,74 Zentimeter im Durchschnitt die Knaben. Im Brustumfang blieben die Mädchen hinter den Knaben zurück (ungenügende, oberflächliche Atmung?), erst im letzten Schuljahr erreichten sie annähernd die gleiche Brustweite.

Diese Minderwertigkeit der Mädchen im Brustmaß bestätigte sich in Nürnberg:

Gruppe	Brustmaß Zentimeter	Zahl der untersuchten Kinder			Prozent aller auf Brustmaß untersuchten Kinder		Prozent der	
		Knaben	Mädchen	insgesamt	Knaben	Mädchen		
I	unter 50	38	173	211	3,69	1,3	6,1	
II	50—52	419	997	1356	23,75	14,3	33,7	
III	53—55	758	795	1463	25,63	25,9	28,5	
IV	56—58	1108	653	1761	30,85	37,8	23,4	
V	59—60	504	108	672	11,77	17,2	6,2	
VI	über 60	101	55	246	4,31	3,5	2,1	
Summa		2928	2781	5709	100,00	100,00	100,00	

68,3 Prozent der Mädchen (41,5 Prozent der Knaben) hatten unter 55 Zentimeter Brustmaß, über 55 Zentimeter nur 31,7 Prozent der Mädchen, dagegen 58,5 Prozent der Knaben. Die Messungen der Körpergröße ergaben, daß die Knaben im Durchschnitt etwas größer waren als die gleichaltrigen Mädchen.

Gruppe	Körpergröße Zentimeter	Zahl der untersuchten Kinder			Prozent aller Kinder		In den höheren Mädchenschulen	
		Knaben	Mädchen	insgesamt	1904/05	1903/04	1904/05	1903/04
I	unter 95	7	20	27	0,47	0,29	0,00	0,00
II	95—105	273	414	687	11,94	8,93	3,82	0,00
III	106—115	1749	1747	3496	60,76	60,03	34,40	18,92
IV	116—120	672	499	1171	20,35	23,54	31,21	34,46
V	über 120	237	136	373	6,48	7,21	30,57	46,62
Summa		2938	2816	5754	100,00	100,00	100,00	100,00

Größer als 115 Zentimeter sind 1904/05 909 Knaben und nur 635 Mädchen, 1903/04 946 Knaben und nur 658 Mädchen, kleiner als 106 Zentimeter 280 Knaben und 434 Mädchen 1904/5, 191 Knaben und 290 Mädchen 1903/04 gefunden worden. Ein Vergleich der Volksschulrinnen mit den Besucherinnen der höheren Töchter Schulen ergibt das bemerkenswerte Resultat, daß die letzteren erheblich größer sind: unter 106 Zentimeter blieben nur 3,82 Prozent in den höheren Töchter Schulen, dagegen 15,4 Prozent in den Volksschulen, über 115 Zentimeter wiesen 61,78 Prozent (1903/04 sogar 81,08 Prozent) in der höheren Schule, dagegen nur 26,88 Prozent der Volksschülerinnen auf — wozu freilich anzumerken ist, daß bei der höheren Töchter Schule wohl auch die höheren Altersklassen über das 14. Jahr hinaus in die Statistik mit einbezogen sind.

In einer Arbeit über Messungen der Körpergröße an zirka 7000 Schulkindern berichtet Kreisarzt Dr. Traeger in Adelnau, daß er für die dortige fast rein polnische Bevölkerung ebenfalls feststellen konnte, daß die Mädchen erst kleiner sind als die Knaben (im sechsten Lebensjahr 107 Zentimeter gegen 110 Zentimeter), sich ihnen langsam an Größe nähern, um im elften Jahre die Durchschnittsgröße der Knaben zu erreichen.

Von Interesse sind die Feststellungen der 10 Brünner Bezirksärzte, welche seit fünf Jahren den erweiterten schulärztlichen Dienst versehen, über die Veränderungen der Körpergröße und des Gewichtes bei Knaben und Mädchen während der Schulzeit. Bei den Knaben wurde in der Zeit vom sechsten bis vierzehnten Lebensjahr eine Wachstumszunahme von 36,4 Zentimeter (von 112,6 auf 149 Zentimeter), bei den Mädchen von 41,4 Zentimeter (von 111,5 auf 152,9 Zentimeter) beobachtet; im Vorjahr waren die entsprechenden Zahlen 37,1 und 38,3 Zentimeter. Die Knaben nahmen im Mittel alljährlich um 4,5 Zentimeter (im Vorjahr 4,6 Zentimeter) zu, die Mädchen um 5,1 (4,8) Zentimeter. Das Körpergewicht stieg bei den Knaben von 20,2 (19,9) Kilogramm auf 39,5 (39,5) Kilogramm, also um 19,3 (19,6) Kilogramm, im Durchschnitt jährlich um 2,4 Kilogramm, bei den Mädchen von 19,5 (21,2) Kilogramm auf 41,8 (40,7) Kilogramm, also um 22,3 (21,5) Kilogramm oder jährlich um 2,8 (2,6) Kilogramm. „Die Knaben traten, entsprechend der im allgemeinen größeren späteren Körperlänge, auch mit einem Mehr gegenüber den Mädchen in die Schule ein, behalten dieses Überwiegen jedoch nur im siebenten und achten Lebensjahr, um sodann durch die ganzen Jahre, bis gegen das siebzehnte, von den Mädchen übertroffen zu werden, weil entsprechend der früheren Reife bei den Mädchen auch die körperliche Entwicklung derselben eine raschere ist als bei den Knaben. Mit dem Einsetzen der Reife bei den Knaben wird so dann deren Längenwachstum ein sehr reges.“ Wie aus den Zahlen hervorgeht, handelt es sich bei diesen Erhebungen um alle Schüler und Schülerinnen Brünns zusammen; es wäre von Wichtigkeit, zu untersuchen, ob die gefundenen Ergebnisse auch zutreffen, wenn man die Insassen der Volksschulen (ohne Einfluß der höheren Schulen) für sich allein nimmt.

In Frankfurt a. M. ergaben die Messungen und Wägungen ebenfalls fast durchweg größere Zahlen für die Insassen der Mittelschulen als für diejenigen der Bürger-(Volksschulen).

Körpergröße (in Zentimeter):

Minimum		Mittlere		Maximum	
Knaben	Mädchen	Knaben	Mädchen	Knaben	Mädchen
in den Bürgerschulen (4403 Kinder)					
90,5	93	112,9	113,2	188	181
in den Mittelschulen (878 Kinder)					
98	95	115,6	114,9	183	187

Körpergewicht (in Kilogramm):

in den Bürgerschulen		in den Mittelschulen	
Knaben	Mädchen	Knaben	Mädchen
13,5	13,4	20,6	20,3
16	16	21,2	20,8
30,5	30,9	30	32,5

Der schon oben konstatierte bessere Gesundheitszustand der in besseren Verhältnissen lebenden Besucher der Mittel- und höheren Schulen findet seinen objektiven Ausdruck in dem stärkeren Wachstum und höheren Körpergewicht dieser Schüler gegenüber den Volksschülern. Ob die beobachteten Eigentümlichkeiten in den Wachstums- und Gewichtszunahmen, ob die Unterschiede zwischen Knaben und Mädchen allgemeingültigkeit beanspruchen können, ob wir es hierbei mit wirklichen durch Geschlechtscharaktere und Geschlechtsentwicklung bedingten Differenzen zu tun haben, oder ob da Verschiedenheiten in der Erziehung und in der Lebensweise mitsprechen, darüber müssen längere Zeit durchgeführte Beobachtungen und größere Zahlenreihen die Entscheidung bringen.* Daß aber die heutige Erziehung und Lebensführung die Mädchen in ihrer körperlichen Entwicklung benachteiligt und schuld ist an ihrer größeren Kränklichkeit (vergleiche namentlich die Nürnberger Zahlen), dafür bringen die Berichte der Schularzte mannigfache Belege.

So sagt der Frankfurter Bericht über geringe Benutzung der Schulbäder namentlich seitens der älteren Mädchen. In einer ersten Klasse mußten die Bäder wegen zu geringer Inanspruchnahme ganz ausfallen; etwas besser war die Benutzung der Schwimmbäder im Main, aber auch da die Beteiligung der Mädchen geringer als die der Knaben (66,56 Prozent gegen 74,1 Prozent).** Ebenso war die Beteiligung an den Turnspielen in den Bürgerschulen geringer, nämlich von 53,6 Prozent der Knaben und nur 31 Prozent der Mädchen; in den Mittelschulen war die Beteiligung besser: 66 bzw. 63 Prozent. Überall finden wir die Mädchen im Rückstand gegen die Knaben — zumeist dank des Unverständes der Eltern.

Der Darmstädter Bericht knüpft an die Tatsache, daß in der (Knaben- und Mädchen-)Mittelschule I bei 4,91 Prozent der Knaben, dagegen 10,85 Prozent der Mädchen Blutarmut gefunden wurde, die Bemerkung: Ursache sei die mangelhafte Ernährung besonders bei den aus den ärmeren Familien stammenden Mädchen und ungenügende Bewegung in freier Luft; Mädchen des dritten bis sechsten Schuljahres würden von den Eltern oft zu ängstlich zu Hause gehalten und müßten häufig schon über ihre Kräfte im Haushalt mithelfen. Bei einigen Mädchen war die Beteiligung an Extrahandwerkstufen außerhalb der Schule (andauerndes Sitzen mit gekrümmtem Rücken, Naharbeit!) an der Blutarmut schuld; die Eltern dieser Kinder wurden auf das Verlehrte dieser Tätigkeit aufmerksam gemacht, und mit dem Wegbleiben aus diesen Kursen besserte sich auch die Blutarmut. Von dieser Regel — dem häufigeren Vorkommen von Blutarmut bei den Mädchen — machte eine Mädchenschule eine Ausnahme: während in der Mittelschule II 15,8 Prozent der Mädchen, in den Mädchenschulen I und II 15,88 bzw.

* Angaben über die durchschnittliche Körpergröße und das Gewicht der Berliner Volksschulkinder sind in einer vergleichenden Tabelle enthalten, die man in dem soeben erschienenen Taschenbuch für die Schularzte findet. Die Schulkinder der Reichshauptstadt schneiden im Vergleich zu anderen Städten gar nicht so übel ab. Während ein Berliner Abschäpe im Durchschnitt 113,6 Zentimeter groß und 20,1 Kilogramm schwer ist, hat es sein Altersgenosse in Halle nur auf 110 Zentimeter und 19 Kilogramm gebracht. Aus Kiel und Lübeck, aus Freiberg und Posen fehlen die Gewichtszahlen, aber die entsprechenden Zahlen für die Größen sind 109,3 bis 111,7 bis 108,6 und 106,9 Zentimeter. Selbst die sechs-jährigen Kinder in den Dorfschulen Hinterpommerns stehen mit 112,4 Zentimeter durchschnittlicher Körperlänge hinter den Berliner Altersgenossen zurück. Auch Breslau kann sich mit Berlin nicht messen, da hier die Kinder nur 106 Zentimeter groß und 18,7 Kilogramm schwer sind. Diese Verhältnisse bleiben im wesentlichen durch alle Altersstufen dieselben, und nur in den beiden letzten Schuljahren, bei den 13 und 14-jährigen Volksschülern, tritt eine Verschiebung zugunsten Berlins ein. Da zeigen sich zum Beispiel die Schulkinder in Hinterpommern mit einer durchschnittlichen Größe von 148,6 Zentimeter den Berliner Altersgenossen um 2 Zentimeter überlegen. Alle diese bisher angeführten Zahlen gelten aber nur für die Volksschulen. Es besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen Körperform und Gewicht eines Volksschülers und eines Zögling der höheren Lehranstalten, und zwar zugunsten der Volksschüler. In Berlin befinden sich die Kinder der weniger begüterten Klassen hierin in einem ganz erheblichen Nachteil. Während ein 12-jähriger Gymnasist im Durchschnitt 143,4 Zentimeter groß ist und 37,1 Kilogramm wiegt, hat es der gleichaltrige Volksschüler nur auf 139,7 Zentimeter und 32,9 Kilogramm gebracht, und ähnliche Distanzen lassen alle Altersklassen erkennen.

Die Ursachen für diese Erscheinungen werden von Dr. Samosch-Breslau damit erklärt, daß die sozialen Verhältnisse für das Wachstum der Kinder von großer Bedeutung sind.

** Auch in Berlin wurden die Brausebäder von 334 706 Knaben, dagegen nur von 208 928 Mädchen benutzt.

18,04 Prozent an Blutarmlut litten, wies Mädchenschule III nur 6,7 Prozent auf — wie der Berichterstatter erklärt, wegen der günstigen Lage und Bauart dieses Stadtteils mit zahlreichen Gärten, der Nähe des Waldes, guter Luft und gutem Licht. Wie ich hinzufügen möchte, wohl auch wegen der besseren materiellen Lage und (insolgedessen) besseren Beaufsichtigung und Lebensführung dieser Schulmädchen. Ich stütze mich dabei auf die Tatsachen, daß bei den Mädchen dieser Schule Ungezieser „nur“ in 8,84 Prozent, in der Mädchenschule I und II bei 21,34 bzw. 24,14 Prozent aller Schülerinnen gefunden wurde.

Aus den Anfängen der Frauenbewegung.

Von Anna Bloß. (Schluß.)

In den Frühlingstagen der Freiheit berief das liberale Ministerium Oberländer zur Bekämpfung wirtschaftlicher Notstände eine Arbeiterkommission. Und nun forderte Luise Otto in der „Adresse eines jungen Mädchens“ die staatliche Fürsorge nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Arbeiterinnen. Die Adresse klang in dem Gedanken aus: „Glauben Sie nicht, meine Herren, daß Sie die Arbeit genügend organisieren können, wenn Sie nur die Arbeit der Männer und nicht auch die der Frauen mitorganisieren, — und wenn alle an sie zu denken vergessen, ich werde es nicht vergessen.“ Diese erste Frauenpetition war geradezu ein Ereignis in Sachsen. Alle Blätter druckten sie ab, die Arbeiterkommission und der Landtag beschäftigten sich damit, und der Minister Georgi fuhr sogar nach Weissen, um sich mit der Verfasserin zu besprechen. In den Arbeitertreffen war man natürlich längst auf die lähne Vertreterin ihrer Interessen aufmerksam geworden; man bat sie um Unterstützung, und nun trat Luise immer mehr als Agitatorin in die Öffentlichkeit. Sie vermittelte zwischen den Arbeitern der Porzellanmanufaktur und der Regierung, sie förderte die Wahlpropaganda, sie rief in Frauenvereinen ihre noch indolenten Schwestern zur Anteilnahme an den sozialen und politischen Kämpfen der Zeit auf. Interessant ist ihr Sendschreiben an die „Verdrüberten.“ Sie wünscht darin den Arbeitern Glück zu den Beschlüssen des Berliner Arbeiterkongresses, den sie als einen Keim betrachtet, aus dem ein lebendiger Freiheitsbaum erwachsen soll, ein Baum, der alle Arbeiter in seinen Schutz nimmt, der über alle Lande den Schatten des Friedens breitet und aus dessen Zweigen die Triumphglocken der Freiheit und Liebe hervorschallen! Vor allem aber dankt sie dem Kongress für den zweiten Teil der Beschlüsse, in dem es heißt: „Von allen diesen Bestimmungen sind die weiblichen Arbeiter nicht ausgeschlossen und genießen unter gleicher Verpflichtung gleiche Rechte.“ — Sie sieht damit den unsinnigen Fluch aufgehoben, der auf der einen Hälfte des Menschengeschlechtes liegt: rechtlos zu sein und unterdrückt. „Arbeiter, ihr habt damit die anderen Männer beschämt, die Männer der Wissenschaft, des Staates, der Geschäfte usw., welche niemals daran denken, daß neben ihnen noch eine gleich große Zahl menschlicher Wesen existiert, welche auch zur Freiheit und Selbständigkeit geboren sind wie sie, ebenbürtige Wesen. Nur der Wahnsinn alten Vorurteils und die irtümlichen Anschauungen überwindener Standpunkte der vergangenen Zeit konnten es geschehen lassen, daß ein Mensch den anderen zu seinem Eigentum, seinem Sklaven oder, wenn ihr wollt, seiner Sklavin machte. Diese Zeit ist vorüber, ein neuer Tag ist angebrochen.“

Zum Schluß gibt sie die Versicherung, wie bisher die Sache ihrer armen Schwestern zu vertreten, und stellt sich den Arbeitern zur Verfügung.

Nach Robert Blums tragischem Tode, der ein schwerer Schlag für sie war, gab Luise Otto eine deutsche Frauenzeitung heraus mit dem Motto: „Dem Reiche der Freiheit werb' ich Bürgerinnen.“ Das war im Jahre 1849, das leider nur zu bald ihre Freiheitsträume vernichten sollte. Den Erhebungen in Sachsen, Baden und der Pfalz folgte bald eine Niederlage nach der anderen. Brutaler als je erhob die Reaktion ihr Haupt und verfolgte alle, die gewagt hatten, sich gegen sie zu erheben. Luise Otto war eine der ersten, die unter dieser Verfolgung zu leiden hatte. Ihr Blatt wurde unterdrückt, sie selbst aus verschiedenen Städten ausgewiesen, und Hausfuchungen wechselten mit Verhören ab. Dazu kam die Sorge um die vielen politischen Freunde, deren Leben bedroht war, die im Kerker schmachteten, um die Flüchtigen und Verfolgten, deren Existenz vernichtet war, und denen sie zu helfen versuchte, soweit es ihre Kräfte erlaubten. Einer dieser Verfolgten trat ihr besonders nahe. Es war ein sächsischer Landmann namens August Peters, der Sohn einer Proletarierfamilie aus dem Erzgebirge, der sich durch eigene Kraft emporgearbeitet hatte, von großer schriftstellerischer und rednerischer Begabung. Er ließ unter dem Namen Gfried von Laura Gedichte und Novellen erscheinen, die viel Beifall fanden. In seinen Reden und als Schriftsteller war er feurig für die Sache des Volkes eingetreten, hatte im Mai 1849 sich am Aufstand in Dresden beteiligt und war nach dem unglücklichen Barricadentampfe nach Baden gegangen, um sich an dem dortigen Aufstand zu beteiligen. Er diente als Major in der badischen Revolutionsarmee, wurde in Kastatt gefangen, zu zehnjähriger Zuchthausstrafe verurteilt und kam in das Zellengefängnis zu Bruchsal. Schon lange hatte er im Briefwechsel gestanden mit Luise Otto, aber auch bei persönlicher Bekanntschaft hatte er nie gewagt, ihr seine Gefühle zu gestehen. Vor seinem Prozeß, der ihm auch ein Todesurteil hätte bringen können, sprach er ihr von seiner Liebe. Luise, die

sich schon lange zu dem Sohn des Volkes hingezogen fühlte, dessen Herz wie das ihre heiß für die Freiheitsideale glühte, eilte auf die Schreckensnachricht nach Bruchsal. Sie durfte Peters wohl sprechen, aber nur in Gegenwart des Gefangenenaufsehers und durch zwei weit auseinanderstehende Eisengitter getrennt, so daß sie ihm nicht einmal ihre Hand reichen konnte. Aber ihre Augen und Herzen fanden sich, und romantischer und tragischer ist wohl selten eine Verlobung geschlossen worden, als die zwischen August Peters und Luise Otto. Als man Peters nach drei Jahren in Baden einen Teil seiner Strafe erlassen hatte, wurde er nach Sachsen ausgeliefert und mußte vier weitere Jahre im Zuchthaus zu Waldheim verbüßen. Nur einmal im Jahre durften sich die Verlobten sehen und auch dann nur unter demselben Zwange wie bei der ersten Begegnung in Bruchsal. Aber ihre Liebe blieb unverändert und gab ihnen Kraft, die schwere Zeit zu überstehen. Wie Luise geliebt und gelitten, das spricht aus ihren „Liedern an einen Gefangenen“. Was wäre wohl aus dem armen Gefangenen geworden, der abgeschnitten saß von aller Welt, hätte ihn nicht der Gedanke an die tapfere Braut immer wieder ausgerichtet, die seiner dachte und auf ihn wartete. In jener Zeit hat sich recht gezeigt, wieviel Tapferkeit und Seelenstärke im weiblichen Gemüt schlummert und was eine Frau einem Manne zu sein vermag. Denn gleich Luise Otto kämpften und litten unzählige andere Frauen und waren in ihrer Art so große Helden wie die Männer, die Leben und Freiheit für ihre Ideale opferten.

Erst im Jahre 1858 konnte die Vermählung des treuen Paares stattfinden. Sie lebten erst in Weissen, wo Peters das Gewerbeblatt „Glück auf“ gründete, dann in Leipzig, wo er die demokratische „Mitteldeutsche Volkszeitung“ ins Leben rief, deren Redaktion später auch Wilhelm Liebknecht angehörte und für die Robert Schwegel arbeitete.

Luise Otto hatte während ihres Brautstandes und zu der Zeit, da sie vielen Verfolgungen ausgesetzt war, sich ganz dem historischen Roman zugewendet. Die Resignation, die sich des Volkes bemächtigt, hatte auch sie ergriffen; sie sah ihre Freiheitsträume vernichtet und gab ihrer Verzweiflung in dem Gedicht „Rebel“ Ausdruck:

Ein Bild der Zeit! Ein Rebel schließt uns ein —
Kein Wetter tobt, es glänzt kein Sonnenschein —
Die Welt gefüllt in eine weite Wolke!
Kein Adlerblick erspäht der Sonne Glanz —
Der Freiheit Sonne — sie verhält sich ganz —
Ein dumpfes Schweigen rings im Volke.

Nach sieben trüben Jahren begann nun für Luise und ihren Gatten eine Zeit reinen hohen Glückes. Ihre Liebe war im Feuer erprobt, für die gleichen Ideale hatten sie gekämpft und gelitten, und eine innige geistige Gemeinschaft ermöglichte es ihnen, für die gleichen Ziele zu schaffen und zu streben. Leider hatte August Peters in der langen Kerkerhaft und bei den vielen Entbehrungen seine Gesundheit eingebüßt. Die treueste Pflege und Fürsorge seiner Gattin war umsonst. Schon nach sechs Jahren trennte der Tod das Paar, das so füreinander geschaffen schien und nur so kurze Zeit seines Lebens in Gemeinschaft hatte verbringen dürfen. Ein Held der Freiheit ging Peters dahin, und unvergängliche Lorbeerkränze haben ihm die Lieder seiner Luise gemunden, deren Leben durch die Erinnerung an ihn verklärt blieb. Aber nicht untätig gab sie sich dem Schmerz um den Toten hin; in seinem Sinne wollte sie weiter schaffen und wirken. In den von ihm gegründeten Zeitungen hatte sie sich schon viel mit Frauenfragen beschäftigt. Die „Mitteldeutsche Volkszeitung“ wurde 1866 beim Einmarsch der Preußen in Leipzig unterdrückt. Später gab Luise Otto-Peters in den von ihr gegründeten „Neuen Bahnen“ ihren Anschauungen Ausdruck.

In den sechziger Jahren befand sich die proletarische Frauenbewegung noch in den ersten Anfängen. Der Einfluß verschiedener Freunde und Freundinnen bewirkte, daß sich Luise Otto-Peters der bürgerlichen Frauenbewegung anschloß, für die in Leipzig damals der Boden vorbereitet worden war. Vielleicht hatte Luise sich deren Weiterentwicklung anders gedacht. Ihre Empfindungen für die weibliche Proletarierwelt, denen sie in ihrer Jugend so stürmischen Ausdruck gegeben, klangen auch in dieser späteren Periode noch in ihr nach; jedenfalls sah sie in der „Frauenfrage“ von heute nicht den Kampf gegen den Mann. Auf ihre Tätigkeit in der bürgerlichen Frauenbewegung ist hier nicht weiter einzugehen. Die Bedeutung von Luise Otto-Peters liegt für uns darin, daß sie als eine der Ersten ihre Stimme für die Gleichstellung der Geschlechter erhob. Das soll ihr nicht vergessen sein, und wenn sich ihre Bahnen von denen der proletarischen Frauenbewegung auch trennten, so bleibt ihr erstes und größtes Verdienst dennoch bestehen.

Sie starb am 13. März 1895 in ihrem 78. Jahre. Wie Herwegh von Heine als eiserne Lerche besungen wurde, so kann man Luise Otto-Peters wohl als die Lerche bezeichnen, die der deutschen Frauenwelt in der Frühe ein Lied der Freiheit zugejauht hat.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. In Versammlungen zu Halberstadt, Magdeburg, Westerhäfen-Salze, Fernersleben und Vernburg erhaltete Genossin Bollmann Bericht von der Internationalen Frauenkonferenz und dem Internationalen sozialistischen Kongress in Stuttgart. Die Versammlungen waren mit Ausnahme der in Fernersleben gut besucht. Die Frauen folgten den Ausführungen mit Interesse

und zeigten, daß sie allen auf der Konferenz sowohl wie auf dem Kongress behandelten Fragen Verständnis entgegenbrachten. In Vernburg erklärten 20 Frauen ihren Beitritt zu der dort bestehenden Frauenvereinigung. In einer Volksversammlung in Kroppenstedt referierte die Unterzeichnete über das Thema: „Staatsbürgerrechte der arbeitenden Klasse“. Nach dem Vortrag bestellten 22 Frauen die „Gleichheit“. In Kroppenstedt hat die Arbeiterbewegung erst während der letzten Reichstagswahl Fuß fassen können. An allen bisher abgehaltenen Versammlungen haben die Frauen rege teilgenommen. Hoffen wir, daß sich die Zahl der Gleichheitslerinnen bald vermehrt und die Frauen Kroppenstedts sich zu klassenbewußten Proletarierinnen herantun.

Minna Bollmann.

In der Zeit vom 18. bis 27. Oktober fanden in Jena, Kahla, Neustadt, Wingerla, Langenberg, Gera, Greiz, Zeulenroda, Orlamünde und Fernsdorf Versammlungen statt, in welchen Genossin Wehl-Berlin über „Die hohen Lebensmittelpreise und die Stellungnahme der Frauen zu denselben“ sprach. Die Versammlungen erfreuten sich bis auf die in Orlamünde eines guten Besuchs. In Neustadt sowie in Zeulenroda wurde die Grundlage zu einer politischen Betätigung der Frauen geschaffen. In ersterem Orte erklärten sich 23 Frauen, in letzterem 35 Frauen zur Zahlung freiwilliger Beiträge bereit. In Greiz Neuh. a. L. ist es den Frauen unmöglich, gewerkschaftliche oder politische Versammlungen zu besuchen. Die Frauen dürfen wohl Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen sein, doch ein Recht, Versammlungen zu besuchen, steht ihnen nicht zu. Das hindert natürlich die Organisation bedeutend. Wie bitter not ihnen diese aber gerade tut, geht daraus hervor, daß es Familien gibt, die nur über 10 bis 12 Mk. Einkommen wöchentlich verfügen, obwohl Mann und Frau in der Textilbranche tätig sind. Trotz aller Schwierigkeiten ist es den Textilern gelungen, von den circa 3000 Arbeiterinnen 1000 für ihren Verband zu gewinnen. Da es uns in Greiz nicht möglich war, eine Versammlung abzuhalten, so trugen die Genossinnen dem Geseh Rechnung und veranstalteten einen wissenschaftlichen Vortrag. Es war nun Aufgabe der Referentin, sich in den gegebenen Grenzen ihren Zuhörern verständlich zu machen. Die Frauen zeigten ein reges Interesse für alle Fragen, die zur Erörterung gelangten. Damit die Frauen lernen, die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge in ihrem Kern zu erfassen, müssen sie immer wieder auf die Lektüre unserer Parteipresse hingewiesen werden. Sie muß ihnen lehren, was sie in Versammlungen nicht lernen dürfen.

K. W.

Im Auftrag des Deutschen Textilarbeiterverbandes unternahm die Unterzeichnete in der Zeit von Ende Mai bis Anfang Oktober drei größere Agitationstouren im Gau Brandenburg, Bayern und Gau Süd. Über den Verlauf der 96 Versammlungen im einzelnen zu berichten, ist natürlich unmöglich. Es kann nur ein Überblick gegeben werden. In allen drei Gauen waren die Versammlungen größtenteils sehr gut besucht, und zwar häufig noch mehr von Frauen als von Männern. Doch gab es auch einzelne Orte, in denen die Frauen, obwohl sie berufstätig sind, sich durchaus nicht an den Versammlungsbesuch gewöhnen können. So war zum Beispiel in Lauffingen keine einzige Frau erschienen, obgleich die Versammlung an einem Sonntag nachmittag stattfand. Das ist umso mehr zu verurteilen, als man es hier mit einer stattlichen Anzahl zielbewußter Genossinnen zu tun hat, die es trotzdem noch nicht fertig gebracht haben, ihre Frauen soweit aufzuklären. — In Tuttlingen war eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung einberufen, in der sich die Frauen in so großer Anzahl beteiligten wie nie zuvor. Mit sichtlichem Interesse folgten sie den Ausführungen der Referentin sowie einer Genossin, die in der Diskussion noch ermutigende Worte an die Frauen richtete. In Sindelfingen nahmen circa 20 Frauen, die in der Maschinenfabrik beschäftigt sind, zum erstenmal an einer Versammlung teil, und eine Anzahl davon ließ sich in den Verband aufnehmen.

Befondere Erwähnung verdient auch eine Versammlung in Offenbach-Neumühle. Hier wurde die Fabrikantente der Versammlung zur Verfügung gestellt. Der Direktor der Fabrik hat selbst den Wunsch, daß seine Arbeiter sich organisieren, da er erkannt hat, daß die organisierten denkenden Arbeiter bedeutend gewissenhafter und tüchtiger sind als die unorganisierten, indifferenten. — Anschließend an diese Touren hielt die Unterzeichnete noch einige Versammlungen in Braunschweig und Umgebung ab. In einer Versammlung der Schneiderinnen, Plätterinnen und Wäscherinnen wurden der Organisation 40 Mitglieder zugeführt. Desgleichen wurden in Braunschweig eine Anzahl Mitglieder für den Textilarbeiterverband gewonnen; außerdem erklärten sich mehrere Genossinnen bereit, freiwillige Beiträge an die Partei zu zahlen und die „Gleichheit“ zu abonnieren. — Eine Textilarbeiterversammlung in Bechelde war nur schwach besucht, ein Mißstand, der wohl hauptsächlich darauf beruht, daß den Arbeitern dort kein Saal zur Verfügung steht, und sie deshalb nach dem eine halbe Stunde entlegenen Bechelde gehen müssen. August Boffe.

Ende Oktober tagte in Fernersleben eine gut besuchte öffentliche Frauenversammlung, in der Genossin Mahn ausführlich Bericht vom Essener Parteitag erstattete. In der Diskussion forderte Genosse Kuhse die Frauen auf, sich der Organisation anzuschließen, und erinnerte die Genossinnen an ihre Pflicht, ihre weiblichen Angehörigen über die Ziele der sozialistischen Frauenbewegung aufzuklären. Genossin Knöfler legte klar, wie nötig es für unsere Frauenbewegung sei, den Preußentag und die Frauenkonferenz in Berlin zu beschicken. Ein Antrag, die Genossin Knöfler als Delegierte zu den beiden Tagungen zu wählen, wurde

* Die von Born und anderen auf dem ersten deutschen Arbeiterkongress zu Berlin gegründete Arbeiterorganisation.

angenommen. Genossin Schmidt kritisierte die hiesigen Schulverhältnisse, besonders den frühen Schulanfang, der nur im Interesse der Großgrundbesitzer liege. Genossin Klepp, der Gemeindevertreterin ist, bedauerte, bisher über diese Zustände in Unkenntnis gewesen zu sein, und regte an, Protest beim Schulvorstand einzureichen. Nachdem Genossin Mahn die Anwesenden aufgefordert hatte, tüchtig für die „Volksstimme“ und die „Gleichheit“ zu agitieren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Frauenbewegung geschlossen.

Agitation in Anhalt. Wie sich doch die Zeiten ändern und unter dem unaufhaltbaren Ansturm der Arbeiterbewegung die Verhältnisse! Im Jahre 1898, als die Unterzeichnete im Auftrag des Fabrikarbeiterverbandes eine Agitationstour durch Anhalt machte, wurden ihr verschiedene Versammlungen aufgelöst, weil sie angeblich Ausführungen politischer Natur gemacht haben sollte und — an politischen Versammlungen „Frauenspersonen“ nicht teilnehmen dürften. In einem Falle kam es sogar zu einer Anklage und in der Berufungsinanz zu einer Verurteilung auf Grund einer — gar nicht geltenden Bestimmung beziehungsweise einer falschen Interpretation des Gesetzes. Erst bei einem späteren Gerichtsverfahren entschied als letzte Instanz das Naumburger Oberlandesgericht, es seien zu Unrecht all die Jahre hindurch die Frauen aus den öffentlichen politischen Versammlungen ausgewiesen worden, für Anhalt gelte dieselbe Bestimmung wie für Preußen in solchen Fällen. Seitdem kommen die Frauen nicht nur äußerst zahlreich in die Versammlungen, sondern schon weit über tausend Frauen des kleinen Ländchens zahlen freiwillige Beiträge an die Partei und ebenso viele sind Abonnentinnen der „Gleichheit“. Einige hundert neuer Anhänger wurden auch wieder durch die Agitation der Unterzeichneten im Oktober gewonnen. Die Tour begann mit einer Versammlung in Cöthen, die trotz des leider nur mäßigen Besuchs uns neue Leserinnen und Beitragzahlerinnen zu den schon vorhandenen 170 hinzubachte. In Gröbzig ward eine Vertrauensperson gewählt, 45 Beitragzahler waren schon vorher der Partei beigetreten und neue Abonnenten meldeten sich in der Versammlung. In den sehr gut besuchten Versammlungen in Dessau, Bernburg, Nienburg sowie in den Orten Coswig, Köpzig, Zerbst und Leopoldshall ward eine stattliche Anzahl von Mitkämpferinnen herangeholt, während in Heddingen aufs neue der Grundstein zur proletarischen Frauenbewegung gelegt werden mußte. Bereits vor zwei Jahren war im Orte mit 70 Gleichheitsleserinnen der Anfang dazu gemacht worden, aber bedauerlicherweise war die junge Bewegung bald wieder zusammengebrochen. Hoffen wir, daß es diesmal vorwärts statt rückwärts geht. In Raguhn setzte die Betätigung der Frauen verheißungsvoll ein. 86 Frauen scharten sich um die neugewählte Vertrauensperson, und in Harzgerode meldete sich die gleiche Zahl zum Beitragzahlen, eine hübsche Zahl neuer Leserinnen ward außerdem gewonnen. Genossin Schüler wird sicher sorgen, daß die Zahl der tätigen Frauen sich bald vergrößern wird. Ein halbes Hundert Leserinnen und sehr viele Beitragzahler meldeten sich in Kleinlöhnau bei Dessau. Den Schluß der Tour bildete eine Versammlung in Frose, wo es gleichfalls gelang, zwei Genossinnen als Vertrauenspersonen und eine Anzahl Beitragzahler zu gewinnen. Erfreulicherweise unterstützen unsere Genossen fast allerorten die junge Bewegung, am meisten nimmt sich jedoch Genosse Günther in plan- und energievoller Weise der Sache an. Wir haben so begründete Hoffnung, daß in steigendem Maße die Frauenbewegung ein wichtiger Teil der Gesamtarbeiterbewegung Anhalts wird.

Gewerkschaftliche Agitation. Mit großem Fleiß hatten die Hamburger Genossinnen die Vorarbeiten gemacht für eine große öffentliche Schneiderinnenversammlung, die am 9. Oktober im Gewerkschaftshaus tagte. Genossin Ziegler referierte über „Die Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses“. An der Diskussion sowie an der Aufnahme der Mitglieder (es wurden 25 Neuaufnahmen erzielt) beteiligten sich unsere Genossinnen wiederum erfolgreich. — Auch in Leipzig hatten die Genossinnen zum Teil die Vorarbeiten für eine Betriebsversammlung der Firma Luckner in Wahren sowie für eine öffentliche Schneiderinnenversammlung übernommen. An anderer Stelle werden wir noch über die Lohn- und Arbeitsbedingungen berichten, die von der Referentin Genossin Ziegler eingehend geschildert und kritisiert wurden. — Vorher hatte Genossin Ziegler schon in einer Anzahl Buchbinder- und Bindereversammlungen in Leipzig referiert über „Die Frauenarbeit in der Industrie“. Den Abschluß fand diese Agitation in einer öffentlichen Buchbinderversammlung im „Pantheon“, wo die Referentin „Die Aussperrungstaktik der Unternehmer“ behandelte.

Von den Organisationen. Ein Frauen- und Mädchenbildungsverein ist in Ludwigshafen gegründet worden. Die Unterzeichnete hatte eine Anzahl Frauen zu einer wichtigen Besprechung am 10. Oktober zusammenberufen. Der Aufforderung kamen 21 Arbeiterfrauen nach. Die Unterzeichnete legte ihnen kurz die Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts dar und forderte sie auf, den Kampf dagegen aufzunehmen. Daß die Worte der Unterzeichneten auf guten Boden fielen, bewies die Diskussion. Die Frauen sprachen sich sämtlich für die Gründung eines Frauen- und Mädchenbildungsvereins aus und beschloßen, eine Kommission mit der Ausarbeitung der Statuten zu beauftragen. Die Begeisterung war so stark, daß die Frauen den Beschluß faßten, schon am 14. Oktober eine Versammlung abzuhalten und dort den Verein ins Leben zu rufen. Diese Versammlung fand statt und war von 60 Frauen besucht,

von denen 51 dem neuen „Frauen- und Mädchenbildungsverein“ beitraten und das Einschreibgeld von 20 Pf. gleich bezahlten. Der Verein erstrebt die Förderung der Aufklärung und Bildung der Frauen. In den Vorstand wurden die Genossinnen Riedl, Hof, Staats, Pfirrmann, Kybortz, Brodbeck, Zettinger, Roth und Lippa gewählt. Am 1. Januar 1908 wird der Verein die „Gleichheit“ als obligatorisches Organ einführen. Die Mitgliederzahl ist inzwischen auf 90 gestiegen, ein Beweis dafür, daß die Gründung des Vereins einem längst vorhandenen Bedürfnis entsprach. Mögen die Genossinnen Ludwigshafens sich zu tapferen Kämpferinnen heranbilden, ihre Feinde, die Unwissenheit und Gleichgültigkeit, zurückzuschlagen und den Kampfsplah, auf den sie geführt worden sind, für sich erobern, damit sie Seite an Seite mit ihren Arbeitsgenossen für die Befreiung des Proletariats kämpfen können.

Kath. Schley-Mannheim. In Schraplau, Kreis Mansfeld, wurde im September ein Frauenverein gegründet. In der zu diesem Zwecke einberufenen Frauenversammlung, an der circa 200 Personen teilnahmen, zum Teil auch aus Stedien, Esperstedt usw., referierte Genossin Vollmann über die Frauenbewegung und gab einen Überblick über die Beratungen des Stuttgarter Internationalen sozialistischen Kongresses und der Internationalen Frauenkonferenz. Nach dem Referat ergriff Genossin Behrend das Wort und forderte die Frauen auf, sich zusammenschließen, um gemeinsam zu kämpfen und Aufklärung und Bildung zu verbreiten. Darauf konstituierte sich der Frauenverein und Genossin Schade wurde als Vertrauensperson gewählt. Einige Wochen darauf, Mitte Oktober, wurde wiederum eine öffentliche Frauenversammlung abgehalten. Genossin Behrend referierte über die „Bildungsbestrebungen der Proletarierinnen“. Am Abend fand ein Kränzchen statt. Möge die proletarische Frauenbewegung auch im schwarzen Reiche Arends gute Fortschritte machen, damit der Unternehmerrwillkür ein Damm entgegengesetzt wird, die gerade in dieser Gegend besonders brutal auftritt.

Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Ottensen. Eine gute Entwicklung hat die Frauenbewegung in Ottensen im letzten Jahre genommen. Freilich waren die fünf Frauenversammlungen, die stattfanden — von einer Ausnahme abgesehen —, schwach besucht und brachten daher betreffs der Gewinnung von „Gleichheit“-Leserinnen und Zahlerinnen von freiwilligen Beiträgen auch keinen großen Erfolg. Wenn wir trotzdem in jeder Hinsicht erfreulich vorwärts gekommen sind, so ist dies der unermüdblichen, bezirksweise durch das Stadtgebiet vorgenommenen Agitation von Haus zu Haus zu verdanken. Denn da im allgemeinen die Frauen nicht gern zu Versammlungen gehen oder auch oft nicht gehen können, haben unsere tätigen Genossinnen sie in den Wohnungen aufgesucht, um ihnen angesichts der Not und des Elends ihrer ärmlichen Lage begreiflich zu machen, daß sie im Interesse ihrer Kinder sich der sozialistischen Bewegung anschließen und sich durch das Lesen der „Gleichheit“ bilden müßten. Unsere Erfolge haben gezeigt, daß die schlichten Worte der Genossinnen, die Leidensgeschichten derer sind, zu denen sie sprachen, leichter verstanden wurden, als selbst die besten Vorträge. Die Zahl der Frauen, die sich durch freiwillige Beiträge als Parteimitglieder bekunden, ist von 355 im Jahre 1906 auf 530 im Jahre 1907 gestiegen und die Zahl der Abonnenten der „Gleichheit“ von 230 auf 495. Die Einnahmen der Genossinnen betragen: Vertrieb der „Gleichheit“ 858,20 Mk., Verkauf von Buns à 5 Pf. und von Marken à 10 Pf. zusammen 498 Mk., auf Sammellisten zum Wahlfonds 116,20 Mk. Zusammen mit dem Kassenbestand von 18,12 Mk. stellte sich die Gesamteinnahme auf 1485,52 Mk. Vorausgabte wurden für 9486 Exemplare und das Austragen der „Gleichheit“ zusammen 722,25 Mk., Entschädigung der zweiten Vertrauensperson 48 Mk., für verschiedene Agitationskosten 20,85 Mk., an Genossen Hagge vom Überschuf der „Gleichheit“ 50 Mk., für Marken und Buns zusammen 498 Mk. und 116,20 Mk. an den Wahlfonds des sozialdemokratischen Zentralvereins, insgesamt 1454,80 Mk., so daß ein Kassenbestand von 30,72 Mk. vorhanden war. Die Beteiligung der Frauen an der Wahlbewegung war eine sehr rege. Eine während dieser Zeit abgehaltene Frauenversammlung war von 900 Frauen besucht. Die Frauen halfen Flugblätter falzen und austragen und leisteten am Wahltag nützliche Schlepperdienste. Mancher Wähler kam zur Urne, weil er sich von den Frauen nicht beschämen lassen wollte. Auch die theoretische Schulung der Genossinnen wurde nicht vergessen. Es wurden Lesabende organisiert, die jedoch während der Wahl und den Sommer hindurch ausfielen. Nun sind sie wieder aufgenommen worden. Die Genossinnen nehmen außerdem „im Segment“ an den Versammlungen der Genossen teil, in denen fast stets belehrende Vorträge gehalten werden. Die Frauen arbeiten in engster Fühlung mit den Genossen. Die Rührigkeit der tätigen Genossinnen Ottensens verbürgt die weitere gesunde Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung am Orte.

Emilie Lund.

Politische Rundschau.

Der Ausbruch der Krise, deren erste Anzeichen schon zu Beginn des Jahres bemerkbar wurden, ist jetzt durch die Erhöhung des Reichsbankdiskonts auf den außerordentlich hohen Satz von 7 1/2 Prozent amtlich anerkannt worden. Der Krach in Nordamerika, wo eine ganze Anzahl von Banken ihre Zahlungen einstellen mußten, weil sie durch ihre Beteiligung an der zusammengebrochenen Kupferspekulation große Verluste erlitten hatten, wirkt auf Europa zurück. Der wirtschaftliche Aufschwung, an dessen Ende wir jetzt stehen, nahm auch seinen Ausgang von Amerika. Dort

setzt jetzt zuerst die Krise ein, die bei der heutigen innigen Verknüpfung der Weltwirtschaft sich zu einer internationalen auszuweiten muß. Die Erhöhung des Bankdiskonts ist das Signal, das auf das Hereinbrechen von Arbeitslosigkeit und Lohndruck hinweist. Wenn die Banken für das Geld, das sie an Handel und Industrie ausleihen, außergewöhnlich hohe Diskontsätze fordern, so zwingen sie zu Einschränkungen der geschäftlichen Operationen. Die Industrie findet infolge der Einschränkung des Handels weniger Absatz. So gerät sie in Schwierigkeiten; Betriebsbeschränkungen, Arbeiterentlassungen, Bankrott der nicht ganz fest fundierten Betriebe sind die Folge. Die Arbeiterschaft muß als Prügelknabe die Schäden der kapitalistischen Produktionsweise ausbaden. Sie wird wieder einmal in Not und Entbehrung erfahren müssen, daß es für sie in der kapitalistischen Gesellschaft keine Sicherheit der Existenz gibt. Solange die planlose Produktion, die aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln entspringt, Überfluß an Waren schafft, so lange wird das Elend des Proletariats dauern. Starke Gewerkschaften und eine starke politische Arbeiterbewegung, die Sozialreformen erzwingt, können es mildern — ganz beseitigen kann es nur die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Umwälzung der Wirtschaftsform, die Verdrängung der kapitalistischen Gesellschaft durch die sozialistische.

Die Wetterzeichen der Zeit sind Mahnungen für das Proletariat, seine politische und gewerkschaftliche Rüstung mit aller Kraft zu verstärken, die Gleichgültigen, die noch nicht zur Erkenntnis ihrer Lage Erwachten aufzurütteln und ihre Köpfe aufzuhellen. Harte Zeiten stehen bevor. Die Krise trifft zusammen mit einer erschreckenden Teuerung der Lebensmittel, und diese Teuerung wird in Deutschland verschärft durch die Wirkungen der Wucherzölle, mit denen die Profitgier der Junker und die Weisheit der Regierung das deutsche Volk beschenkt haben. Die außergewöhnlich hohen Roggen- und Weizenpreise, die erheblich den Durchschnittspreis der letzten sieben Jahre übersteigen, stehen jetzt in Deutschland fast genau um den Betrag des Schutzzolls, um 50 und 55 Mk. pro Tonne, höher als auf dem Weltmarkt. In den Zeiten der Not, der Arbeitslosigkeit und des sinkenden Lohnes wird der deutsche Arbeiter das Brot noch um 2 1/2 bis 2 3/4 Pf. pro Pfund teurer essen, als es nach den Preisen des Weltmarktes sein müßte; die fünfköpfige Proletarierfamilie wird während der Krise den Großgrundbesitzern pro Tag mindestens 10 Pf. Tribut zahlen müssen für die Erlaubnis, sich an Brot zu sättigen. (Vorausgesetzt, daß sie das mit einem Bierpfundbrot fertig bringt, denn verzehrt sie mehr, so steigt der Tribut entsprechend.) Aus allen Teilen des Reichs wird denn auch schon gemeldet, daß das Brot entweder teurer oder bei gleichem Preis kleiner wird! Dazu kommen hohe Fleischpreise, für die neben den Zöllen die Vieheinfuhrverbote sorgen. Zwar sind die Schweinefleischpreise infolge vermehrter Züchtung ein wenig gesunken, sie stehen aber immer noch erheblich höher als 1900. Wie unerschwinglich die Fleischpreise für die arbeitende Bevölkerung geworden sind, das zeigt der Umstand, daß in der Zeit des Aufschwungs, da es den Gewerkschaften möglich war, Lohnerbhöhungen zu erkämpfen, der Fleischkonsum laut amtlicher Feststellung zurückging! Andere wichtige Lebensmittel, wie Erbsen, Kartoffeln, Rüben, Gemüse, Eier, Butter, Milch zeigen erhebliche Verteuerungen, ebenso die Brennmaterialien. Bei Steinkohlen, Koks und Briketts ersetzen die Preisschraubereien der kartellierten Kohlenbarone die Wucherzölle.

Die Beseitigung der Getreidezölle ist deshalb die dringlichste Maßnahme, die das deutsche Volk zu fordern hat. Aber die Regierung der Junker denkt nicht daran. In der sächsischen Kammer erklärte bereits der Minister Graf Hohenthal, die sächsische Regierung vermöge selbst für eine zeitweilige Aufhebung oder auch nur Ermäßigung der Zölle nicht einzutreten, weil das Interesse der deutschen Landwirtschaft — lies der Großgrundbesitzer — dem entgegenstehe. Der deutsche Proletarier mag hungern, Graf Hohenthal glaubt ihn damit trösten zu können, daß er nur vorübergehend zu hungern braucht. Denn die Teuerung, so meint er, ist nur vorübergehend.

Und in dieser Zeit der Not sollen neue Steuern auf notwendige Verbrauchsartikel die Lebenshaltung abermals verteuern! Das Defizit im Reichsfiskus wird groß und größer. Auf 130 Millionen wird es geschätzt. Aber damit ist der Bedarf des Reiches an neuen Steuern nicht erschöpft. Eine neue Flottenverlängerung, die 60 Millionen jährliche Mehrausgabe erfordert, wird dem Reichstag zugehen, 50 Millionen sind zur Erhöhung der Beamtengehälter notwendig, neue Forderungen für das Heer stehen bevor, große Ausgaben für Eisenbahnbauten in den Kolonien nicht minder. Die bewilligungsfreudige Mehrheit im Reichstag ist da, der Freisinn ist durch den Block gezähmt — wie sollte die Regierung die Situation nicht ausnützen. Auf den Umfall des Freisinns in der Steuerfrage wird sicher gerechnet. Jedenfalls arbeitet die Reichsregierung ihre Deckungspläne aus, als hätte der Freisinn niemals gegen indirekte Steuern und Branntweinliebesgaben an die Junker gekämpft. Ein Branntweinmonopol wird geplant, oder richtiger eine staatliche Organisierung des Branntweinverkaufs, die staatliche Feststellung des Branntweinpreises, die den schnapsbrennenden Junkern für alle Zeit ihre Schnapsprofite und ihre Schnapsliebesgaben auf Kosten des Volkes sichert und zugleich dem Reichsfiskus neue Einnahmen zuführt. Und was dann fehlt, sollen eine Zigarrenbanderolesteuer und andere indirekte Steuern bringen, die den Massenverbrauch treffen und die Lasten auf die große Masse der arbeitenden Bevölkerung abwälzen. Denn die herrschende, die besitzende Klasse bedankt sich, die Kosten ihrer Politik zu tragen — die Finanzministerkonferenz,

die jüngst stattgefunden hat, war einig in der Meinung, daß man an direkte Reichsteuern, sei es Reichseinkommensteuer oder Reichsvermögenssteuer, nicht denken darf „jezt und in absehbarer Zeit“.

Dem Freisinn ist die Notwendigkeit, für neue indirekte Steuern stimmen zu müssen, natürlich nicht angenehm. Aber er wird sich, wenn er im Block bleiben will — und dahin geht all sein Sehnen — wohl dazu bereit finden müssen. Und nach den Proben von Anpassungsfähigkeit, die er in anderen Fragen schon bewiesen, wird er auch das wohl noch fertig bringen, wenn er sich jetzt auch noch etwas ziert. Hat er sich doch zu Frankfurt in einer großen Einigungsversammlung der drei freisinnigen Gruppen — ein Schaustück, das nur Reden von den Leitungen bestellten Referenten brachte und die Diskussion ausschloß — auf den Verrat in der preussischen Wahlrechtsfrage geeinigt. Selbst der Vorschlag Barth's, der preussischen Regierung wenigstens sofort die geheime Wahl abzutreten, wurde nicht akzeptiert. Er geht den freisinnigen Helden, die außer einem platonischen Bekenntnis fürs Reichstagswahlrecht nichts in der Wahlrechtsfrage tun wollen, nicht weit genug! Nicht einmal zu einer Aufstellung von Mindestforderungen an das kommende Reichstagswahlgesetz haben sie sich vorgewagt — ja, die „Freisinnige Zeitung“ hat bereits durchblicken lassen, daß der Linkliberalismus über das Verbot nichtdeutscher Sprache in Versammlungen — ein Ausnahmerecht gegen Polen und Arbeiterbewegung — mit sich reden lassen werde! Auch zur Steuerfrage wurde in Frankfurt keinerlei umfassende programmatische Erklärung abgegeben. Und alles das geschah unter der Zustimmung des einstigen Rufers nach einem Volkssturm gegen die Junkerburg, des wandlungsfähigen Naumann und des Leiters der sogenannten süddeutschen Demokratie, deren Sprecher Hausmann sich als den Wiemer, Müller, Fischbeck und Kopsch durchaus gleichwertig erwies!

Vom Kampf der Kamarillen wurde aufs neue ein Zipfel gelüftet in dem Prozeß des Reichskanzlers wider den Konfessionär Brand, der ihm Homosexualität nachgeredet hatte und dafür nun 18 Monate ins Gefängnis wandert. Fürst Eulenburg benutzte die Gelegenheit, um fern von den Geschossen Hardens einen Reinigungsseid zu schwören, der die Position des letzteren in der neuen Auflage des Moltke-Harden-Prozesses erheblich verschlechtert. Das geschieht ohnehin schon durch den Umstand, daß die Staatsanwaltschaft sich unter höherer Belehrung plötzlich zu der Auffassung bekehrt hat, sie müsse die amtliche Vertretung der Sache des Grafen Moltke, die sie einstens ablehnte, jetzt im öffentlichen Interesse übernehmen. Die Bloßstellung der herrschenden Klasse in dem Schöffengerichtsprözeß ist eben von dieser unliebsam verspürt worden. Harden wird nun von denen, deren Interessen er vertrat, im Stich gelassen, weil er zu viel bewiesen, zu viel aufgedeckt hat. Er war brauchbar zum Sturze der Kamarilla Eulenburg; daß er mehr getan und die Herrschenden dem Volke naht geigt hat, das können selbst die Gegner der Liebenberger ihm nicht verzeihen. Der „Retter des Vaterlandes“ wird auf dem Altar der „Staatsräson“, das heißt des gemeinsamen Interesses aller Koterien der Herrschenden, geopfert werden. Im übrigen bringt die barbarisch harte Bestrafung Brands wieder einmal die Rechtsgleichheit in Deutschland zum erschauernden Bewußtsein. 1 1/2 Jahr Gefängnis dem Publizisten, der dem Reichskanzler homosexuelle Veranlagung nachredet — Dienstentlassung mit Pension dem Grafen Lynar, der Untergebene zu päberastischen Orgien mißbraucht! Von einer Strafverfolgung der Lynar und Hohenau ist keine Rede! Der Vizeadmiral v. Ahlefeld aber muß den Dienst quittieren, weil er ein Duell verweigert hat!

Die dritte russische Duma, die Duma des Schwarzen Hundert, der Pogromisten, ist zusammengetreten. Die 34 Vertreter des Verbandes der echt russischen Leute und die ihnen nahestehenden Abgeordneten der „Rechten“ bilden mit 186 Mandaten die stärkste Gruppe, die der Junker, die der Verfassung durchaus feindlich gesinnt ist. Die Oltobristen, Scheinkonstitutionalisten, die die Befestigung der Regierungsgewalt für ihre Hauptaufgabe erklären, die Vertreter der Kapitalisten, haben 107 Sitze inne; die bürgerliche Opposition (Teile der Intelligenz, Kleinbürger und Bauern), deren stärkste Gruppe die 50 Mann zählenden Kadetten (konstitutionelle Demokraten) ausmachen, wird 111 Mann zählen. Die Sozialdemokratie hat es auf 22 Sitze gebracht; eine Anzahl davon erzielte sie durch bäuerliche Wahlhilfe, ein erfreulicher Beweis, daß sie auch unter den Bauern Eingang gefunden hat. Die sozialdemokratischen Siege unter dem überaus ungünstigen Wahlsystem und dem furchtbaren Druck der behördlichen Gewalten übertreffen alle Erwartungen. Das betrübende Gesamtbild der Duma vermögen sie freilich nicht zu ändern. Rußlands Volk geht aufs neue schweren Zeiten entgegen. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Generalkommission der freien Gewerkschaften hat dieser Tage eine sehr detaillierte Streikstatistik veröffentlicht. Sie bietet ein Bild äußerst reger gewerkschaftlicher Tätigkeit der Gewerkschaften für die Verbesserung der materiellen Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung. In 8543 Fällen wurden im Jahre 1906 Forderungen gestellt, darunter sind nicht nur die Forderungen der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage gezählt, sondern auch die Fälle, in denen die Unternehmer Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse versuchten. In 110 Fällen wurden die Forderungen zurückgezogen. Von den verbleibenden 8433 Fällen fanden 4558 = 54 Prozent ihre Erledigung durch erfolgreiche Unterhandlungen und stillschweigende Zugeständnisse seitens der Unternehmer, während es in 3873 = 46 Prozent der Fälle zur Arbeitseinstellung und zur Aussperrung kam.

Die gestellten Forderungen erstreckten sich auf 14044 Orte und auf 62780 Betriebe mit insgesamt 1260571 beschäftigten Personen. Die den Gewerkschaften aus Lohnbewegungen erwachsenen Kosten beliefen sich auf 18 1/2 Millionen Mark gegenüber 11 Millionen im Vorjahr. Für 339469 Personen wurden Arbeitszeitverkürzungen um 1248119 Stunden erreicht, das ist für jeden Beteiligten durchschnittlich 3 3/4 Stunden wöchentlich; Lohnerhöhungen wurden für 691708 Personen durchgesetzt, und zwar um zusammen 1290736 Mk. oder für jeden Beteiligten 1,87 Mk. wöchentlich. Dazu kommen Lohnaufschläge für Überstunden in 2246 Fällen, für Nacht- und Sonntagsarbeit in 2109 Fällen, Befreiung der Mordarbeit in 68 Fällen, verbesserte Werkstattdienung in 98 Fällen; in 149 Fällen wurde Mahregelung abgewehrt und in 2199 Fällen Vorteile verschiedener Art errungen. 2360 korporative Arbeitsverträge wurden für 317487 Beteiligte abgeschlossen. Die gesamten Lohnbewegungen wurden von 47 Gewerkschaftsorganisationen geführt. Im ganzen wurden 3873 Kämpfe geführt, an denen 289537 männliche und 26505 weibliche Personen beteiligt waren. Angriffstreiks fanden 2285 statt, daran beteiligt waren 169533 männliche und 14223 weibliche Personen. Abwehrstreiks wurden 1048 geführt, an denen 85513 männliche und 9415 weibliche Personen teilnahmen. Nur die kleinsten Verbände unter den freien Gewerkschaften waren an Lohnkämpfen nicht beteiligt. Es fanden 560 Aussperrungen statt, von denen 40 Organisationen betroffen wurden. Ausgesperrt wurden 84489 männliche und 8887 weibliche Personen. Aus diesen Zahlen spricht ein gewaltiges Ringen der organisierten Arbeiterschaft um ihr Recht. Aber auch dort, wo Forderungen der Arbeiter ohne Streiks sich Anerkennung verschafften, zeigt sich die Macht der gewerkschaftlichen Organisation, denn nur auf sie ist es zurückzuführen, wenn Arbeitgeber sich zu Zugeständnissen bereit erklären. Mit schweren Opfern haben die Gewerkschaften zum Teil diese Erfolge erkämpfen müssen. Erfolge für die Hebung der Arbeiterklasse, die die gegnerischen Arbeiterorganisationen nicht entfernt zu verzeichnen haben. Und das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ beantwortet daher die Frage, was es ist, das uns diese Erfolge verschafft und sichert, mit den Worten: „Das ist neben der großen Opferwilligkeit und Disziplin der in den Zentralverbänden Organisierten der Geist des Klassenkampfes, der diese Organisationen durchweht. Die große Opferwilligkeit, die stete Kampfbereitschaft und ausdauernde Disziplin, die zur Erringung solcher materiellen Vorteile erforderlich sind, sind nur da vorhanden, wo die große Masse der Mitglieder von idealer, klassenbewusster Begeisterung erfüllt ist.“

Inzwischen hat der Boykott gegen das Warenhaus Zandorf in Berlin mit vollem Erfolg für die Arbeiter geendet. Die Vertragsklausel ist zurückgezogen und für beide Kontrahenten eine Vertragsbruchstrafe von 17,50 Mk. festgesetzt worden; die Firma muß, falls sie vertragsbrüchig wird, außerdem noch den Lohn für die Kündigungszeit zahlen. In bezug auf Festsetzung der Löhne und Arbeitsbedingungen entspricht der Vertrag dem, was der Transportarbeiterverband schon vordem verlangt hat. Dieser schnelle Sieg ist für unsere Leserinnen insofern sehr beachtenswert, als er fast ausschließlich ein Verdienst unserer Klassengenossinnen ist; sie waren es vor allem, die durch Verteilung von Flugblättern das Publikum über die Sachlage unterrichteten, selbst auf die Gefahr hin, von der immer wachsameren Polizei arretiert zu werden. #

In Nürnberg haben die gewerkschaftlichen Unterrichts Kurse für Arbeiterinnen kürzlich begonnen, auf die wir schon in Nr. 18 einen Hinweis brachten. An den Kursen nehmen 33 Arbeiterinnen folgender Verbände teil: 10 aus dem Metallarbeiterverband, 6 aus dem Fabrikarbeiterverband, 4 Buch- und Steindruckhilfsarbeiterinnen, 4 Handlungsgehilfinnen, 3 Dienstmädchen, 2 aus dem Schuhmacherverband, 2 Textilarbeiterinnen und je 1 Mitglied des Holzarbeiter- und des Sattlerverbandes. — Genossin Grünberg behandelt drei Lehrstoffe: Gewerkschaftsbewegung, Unternehmerverbände und Arbeiterschutzgesetzgebung. Die Kurse sind kostenlos, finden an den ersten drei Mittwochabenden im Monat im Gewerkschaftshaus, „Historischer Hof“, Neue Gasse 18, statt und enden im April 1908.

Von der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen in Oesterreich. Am 16. Oktober trat in Wien der fünfte Kongreß der österreichischen Gewerkschaften im selben Saale zusammen, in dem zwei Wochen vorher der Parteitag der Sozialdemokratie in Oesterreich getagt hatte. Wir hatten in Oesterreich nach der letzten Stajtsil der Generalkommission, die mit Ende Dezember 1906 abschließt, 42000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen. Gegenwärtig dürfte die Zahl 50000 wohl erreicht sein. So hoch diese Ziffer auch erscheinen mag, neben der halben Million organisierter Arbeiter ist sie doch geringfügig. Die noch schwache Organisation der Arbeiterinnen trat auch bei der Delegation zum Gewerkschaftskongreß in Erscheinung. Mit Ausnahme der Gewerkschaft der Textilarbeiter und der Schneider hatte keine Organisation eine weibliche Delegierte entsendet. Dies liegt daran, daß in den großen Gewerkschaften, deren Berufsangehörige nach vielen Tausenden zählen, die Zahl der organisierten Arbeiterinnen trotz aller Fortschritte doch noch eine so kleine ist, daß die Frauen keinen Einfluß ausüben können. Und in den Gewerkschaften kommen naturgemäß weit mehr die vorhandenen Kräfteverhältnisse zum Ausdruck wie in der politischen Bewegung. Ein zweiter Grund dafür, daß keine weiteren weiblichen Delegierten am Kongreß teilnahmen, ist der, daß auch in solchen Branchen, wo überwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigt sind, die Leitung und Führung in den Händen

von männlichen Mitgliedern liegt. Außer weiblichen Delegierten der genannten zwei Organisationen waren zwei Vertreterinnen des Heimarbeiterrinnenvereins anwesend, dann Genossin Popp für das Frauenreichskomitee und Genossin Voschel als Mitglied der Generalkommission. Die Genossinnen griffen wiederholt in die Debatte ein; Genossin Voschel gab nützliche Anregungen zur Organisation und befürwortete die Subventionierung weiblicher Vertrauenspersonen. Genossin Freundlich und Genossin Popp plädierten für die Arbeiterinnenschutzforderungen und beantragten Zusätze zur Resolution über Arbeiterschutz und Parlament. In die neue Generalkommission wurde wieder Genossin Anna Voschel gewählt. a. p.

Genossenschaftliche Rundschau.*

In Dresden bemühen sich die Stadtväter seit vielen Jahren um das Zustandekommen einer Umsatzsteuer, die selbstverständlich vornehmlich auch auf die dort bestehenden vier Konsumvereine gemünzt ist. Nachdem man lange hinüber und herüber gezerrt hatte, kamen die städtischen Kollegen Dresdens vor etwa zwei Jahren endlich zu einem Ergebnis. Sie beschloßen die „Gewerbesteuerordnung“ mit der Bestimmung, daß dieselbe am 1. Januar 1906 in Kraft treten sollte. Daraus wurde nun nichts, weil Kreishauptmannschaft und Kreisaußschuß dem Steuermonstrum die nötige Genehmigung nicht erteilten. Die Vorlage wurde an die städtischen Behörden zurückverwiesen mit dem Bemerken, daß eine „wesentliche Umarbeitung“ nötig sein würde. Das Dresdener Stadtverordnetenkollegium beschloß nach einem Vorschlag des Rates, das Umsatzsteuerregulativ dem städtischen Verfassungsausschuß zu erneuter Beratung zu überweisen. Oberbürgermeister Veuller meinte damals, daß das Interesse der Stadtverwaltung an der „Gewerbesteuerordnung“ ein wesentlich geringeres würde, wenn man den Intentionen der vorgelegten Behörde folgen sollte, die unter anderem in neuerer Zeit verlangt — wie wir kürzlich bereits erwähnten —, daß die Umsatzsteuer nicht den Finanzen der Gemeinde zufließen, sondern zu einem mittelfröndretterischen Zwecke bestimmt sein soll. Es ist begreiflich, daß mit diesem Verlangen der Regierung das Interesse der Gemeindeverwaltung an der Umsatzsteuer schwinden muß. Doch in Dresden wurfelt man zunächst weiter. Deshalb hatte der Stadtrat Beschwerde beim Ministerium des Innern gegen die Entscheidung der Kreishauptmannschaft geführt. Das Ministerium hat daraufhin der Kreishauptmannschaft ausgegeben, nochmals unter bestimmten Gesichtspunkten die Sache zu erörtern. Das ist nun geschehen. Zum zweitenmal sind die Kreishauptmannschaft Dresden und der Kreisaußschuß dazu gekommen, dieses Umsatzsteuergesetz abzulehnen. So werden nun die Dresdener Stadtväter abermals an die Arbeit gehen müssen, wenn sie das Spiel inzwischen nicht satt bekommen.

Die außerordentlichen Erfolge der beiden Hamburger Genossenschaftsbäckereien, der des Konsum-, Bau- und Sparvereins Produktion und der der Produktivgenossenschaft Vorwärts, haben die Hamburger Bäckermeister angeregt, eine Großeinkaufsgesellschaft zum gemeinsamen Einkauf der Bäckereibedarfsartikel zu gründen. Handwerker haben sich also die „sozialdemokratischen“ Genossenschaften zum Vorbild genommen. Dieses Vorgehen sticht sehr erfreulich ab von dem sonst üblichen Treiben der Handwerker und ihrer Organisationen, die die Konsumvereine am liebsten mit Stumpf und Stiel ausrotten möchten.

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz erzielte im 23. Geschäftsjahr 1906/07 einen Umsatz von 14788481 Mk. in 57 Verkaufsstellen, 9 Fleischerläden und 8 Warenhäusern. Bemerkenswert ist, daß die seinerzeit vom falliten Konsumverein Connewitz total verlorterte Fleischeri gut floriert und bereits 101159 Mk. Überschuß abgeworfen hat. Der gesamte Reingewinn beträgt 1375343 Mk., so daß eine Rückvergütung von 10 Prozent — wie üblich — gewährt werden kann. Die Mitgliederzahl stieg um circa 300 auf 38619. Der Verein beschäftigt 1000 Personen.

Der kürzlich in Wien abgehaltene Deutsche sozialdemokratische Parteitag Oesterreich nahm zur Lebensmittelsteuerung eine Resolution an, in der es in bezug auf die Konsumvereine heißt: „Die Abwehr der Lebensmittelsteuerung kann nur in dem Maße von Erfolg begleitet werden, in dem es gelingt, der Organisation der Produzenten eine starke Organisation der Konsumenten gegenüberzustellen und den wucherischen Zwischenhandel zu beseitigen. Der Parteitag macht es deshalb allen Genossen zur Pflicht, überall dort, wo Konsumvereine bestehen, diesen beizutreten und ihre Pflichten als Mitglieder zu erfüllen, und dort, wo Konsumvereine nicht bestehen, die politische und gewerkschaftliche Organisation aber eine entsprechende Stärke erreicht hat, im Einverständnis mit diesen Organisationen und dem Zentralverband österreichischer Konsumvereine solche zu gründen. Der Parteitag erklärt, daß die Konsumvereine ihre Aufgabe nur dann erfüllen können, wenn sie im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleitet werden und ihre lokalen Interessen dem Interesse der Gesamtheit unterordnen. Der Parteitag empfiehlt endlich den Konsumvereinen und der Großeinkaufsgesellschaft, der Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften besondere Aufmerksamkeit zu schenken und den direkten Geschäftsverkehr mit diesen nach Möglichkeit zu pflegen.“

* Diese Rundschau sollte bereits in Nr. 22 erscheinen, mußte aber des Platzmangels wegen bis heute zurückgestellt werden.

Die tschechische Sozialdemokratie verhandelte auf dem Parteitag zu Pilsen, der Mitte August stattfand, unter anderem auch über die Stellung zum Genossenschaftswesen. Nach einem Referat des Abgeordneten Mubrecel und kurzer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Mit der Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft wurden auch die Bedingungen geschaffen für eine weitere Art der Organisationsfähigkeit der Arbeiterschaft: der Genossenschaftsorganisation. Der Zweck der Arbeitergenossenschaftsbewegung ist, die Arbeiterschaft zur eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit zu führen. Diese Tätigkeit zielt einerseits dahin, daß der kapitalistische Gewinn, der unter den gegebenen Verhältnissen aus der wirtschaftlichen Tätigkeit fließt, dem Wohle der genossenschaftlichen Erzeuger oder Konsumenten oder den Arbeiterorganisationen zutomme, andererseits daß aus der Arbeiterschaft eine selbständige wirtschaftliche Macht gebildet werde, die ein neues Hülfsmittel für ihre Emanzipationsbestrebungen werde. Der Kongress erkennt alle Formen der Arbeitergenossenschaften an, soweit sie mit diesen Prinzipien im Einklang zu bringen sind; doch ist er der Ansicht, daß den Zielen der Arbeiterbewegung am besten jene genossenschaftlichen Formen entsprechen, die die Organisation des Konsums oder der Erzeugung für die weitesten Kreise bezwecken. Der Kongress empfiehlt zur Unterstützung und Fehdung der Genossenschaftsbewegung der Arbeiterschaft, den Lokal- und Bezirksorganisationen der Partei, dahin zu wirken, daß die in ihren Sprengeln befindlichen Genossenschaften, die ihrem Einfluß unterstehen, Mitglieder der von der Partei anerkannten Genossenschaftsverbände werden, damit sie von fähigen und ehrlichen Funktionären verwaltet und damit die Arbeits- und Lohnverhältnisse ihrer Angestellten so geregelt werden, wie es die Würde der Partei erfordert, und damit namentlich die Konsumvereine in modernem Geiste geleitet werden. Die Gründung von selbständigen Konsumvereinen empfiehlt der Kongress nur in solchen Orten, wo die Organisation genügend stark und entwickelt ist, und wo es Genossen gibt, die zur Leitung eines solchen Unternehmens befähigt sind. Darüber, ob diese Bedingungen erfüllt sind, entscheidet die Exekutive der betreffenden Bezirksorganisation, die auch ein Gutachten des Genossenschaftsverbandes einholt. Diese Bezirkssekretive sollen auch jede Zersplitterung der Genossenschaftsbewegung verhindern.“

Anfangs August feierte das stattliche Brüsseler Maison du Peuple, die mächtige sozialistische Kooperative, das 25 jährige Jubiläum. Die aus kleinsten Anfängen mit einem Bestand von 84 Familien gegründete einstige arbeitsame Kooperative ist heute, nach 25 Jahren des Ringens und Strebens, ein ansehnliches und beneidetes Wert und mit 20000 Mitgliedern, sechs Schwesternhäusern, 25 Filialen, 4 Fleischereien, modernen Bäckereien und großen Kohlenlagern, mannigfachen Unterstützungsweigen und Pensionseinrichtungen der Stolz und die Freude der Brüsseler Arbeiterschaft. In geräumigen Versammlungssälen, im riesigen stilvollen Festsaal, in einem gemütlichen Café hat sie ein Heim, und in allen großen Kämpfen war das Brüsseler Maison du Peuple der Arbeiterschaft eine Helferin. Seine Bibliothek, seine künstlerischen, belehrenden und unterhaltenden Veranstaltungen haben Tausende der Armutserhoben und erzogen. Überflüssig zu sagen, was das Maison du Peuple als Konsumgenossenschaft leistet. Seine Umsatz ziffer von rund fünf Millionen jährlich, die Zahl von 22000 Kilogramm Brot, die es wöchentlich erzeugt, sprechen dafür, daß die Arbeiter in der sozialistischen Kooperative in jedem Sinne ihren Vorteil finden. H. Fl.

Notizenteil.
Dienstbotenfrage.

Wie die Damen des „Hamburger Hausfrauenvereins“ das Interesse der Dienstmädchen wahren. Wir haben an dieser Stelle schon wiederholt berichtet, wie eine Anzahl Hamburger Hausfrauen im Gegensatz zu unserem prächtig aufblühenden Dienstmädchenverein ein Zersplitterungsorganisationschen gegründet haben. Dasselbe leidet jedoch an unheilbarem Mitgliederschwund. 25 Mitglieder soll es noch besitzen, während wir es auf 8000 brachten. Die Damen hatten durch die Gründung der Gegenorganisation schon ihre Feindschaft gegen die Mädchen und deren Selbständigkeit bewiesen, — denn wer die Arbeiterinnen, in diesem Falle die Mädchen, trennt, statt sie zu einen, kann immermehr ihr Freund sein, ist vielmehr ihr schlimmster Feind. Bezweckt hatten die Damen mit der Gründung doch nur, unseren Verein zur Ohnmacht zu verdammen. Das ist ihnen glücklicherweise nicht gelungen, vielmehr haben wir schon manche Verbesserung für unsere Mitglieder durchgesetzt, und wir werden in demselben Maße, wie unsere Mitgliederzahl zunimmt, immer mehr an Einfluß gewinnen. — Als Publikationsorgan für den Hausfrauen- und Dienstmädchenverein hatten die Damen die „Dienstpersonal-Zeitung“ gewählt, ein von privater Seite herausgegebenes Blättle. Es brachte außer einem elenden Kolportageroman einige Kochrezepte und — Annoncen. Nur auf das Drängen einiger Mädchen wurden in mehreren Nummern nach und nach die Bestimmungen der Hamburger Gefindeordnung gebracht. Von Artikeln, die sich mit der Lage der Dienstmädchen beschäftigten hätten, natürlich keine Spur. Es ist in den Augen der Damen ja bekanntlich „Heherei“, wenn man wahrheitsgemäß sagt, wie die Dinge liegen. Darum ist unsere „Gleichheit“, die offen sagt, wo es fehlt und wo reformiert werden muß, in ihren Augen auch ein „Hehlblatt“. Für das ihnen zugestandene Blättchen mußten die Mädchen, die sich dem Zersplitterungsverein angeschlossen hatten,

außer ihrem Monatsbeitrag noch 1,80 Mark pro Quartal zahlen. „Mussten“, sagen wir, denn jetzt existiert dieses Blättle, das achtstägig erschien, nicht mehr. Der Abonnementspreis war pränumerando (im voraus) erhoben, und längst bevor das Quartal um war, stellte der Herausgeber das Erscheinen der Zeitung ein und — die Mädchen waren um ihr Geld geprellt. Aus unserem Verein hatten zur Orientierung auch einige Mitglieder die „Dienstpersonal-Zeitung“ abonniert, sie waren gleichfalls ihr Geld los. Eine unserer Kolleginnen ist von Pontius zu Pilatus gelaufen, um Aufklärung oder ihr Geld retour zu erhalten. Vergeblich. Bis sie sich schließlich an Frau Professor Wendt wandte, die ihr versprach, eventuell von der Zeitung, die der Hausfrauenverein herauszugeben gedenkt — einige Nummern gratis zu liefern. Diejenigen Mädchen, die nicht so viel Ausdauer wie unsere Bekannte haben, sind ihr Geld einfach los. Die Damen, die die Mädchen zum Abonnement der Zeitung veranlaßten, sind unserer Meinung nach moralisch verantwortlich dafür, daß den Benachteiligten ihr Recht wird. Netze „Interessenvertretung“ der Mädchen das. Frau Julie Eichholz, die Mitbegründerin des Zersplitterungsorganisationschens, macht sich des literarischen Diebstahls schuldig, und der Herausgeber der „Dienstpersonal-Zeitung“ streicht zwar das Abonnementgeld ein und stellt dann mitten im Quartal die Herausgabe der Zeitung ein und prellt somit die Mädchen um ihre sauer verdienten Groschen. Das kann ja noch gut werden, wenn das so weiter geht. Nur so fort „gewirkt“, ihr Damen des Hausfrauenvereins, ihr helft uns vorzüglich, auch den indifferentesten Mädchen die Augen öffnen und ihnen zu zeigen, auf welcher Seite ihre Freunde sind. Auf unserer Seite sind Personen wie die oben charakterisierten unmöglich. Unsere Genossinnen verrichten opferfreudig und unermüdet alle Agitations- und Organisationsarbeiten unentgeltlich. Das Bewußtsein, den Unterdrücktesten beizustehen, sie einzureihen in das Heer der Kämpferinnen, die aus eigener Kraft ihre Freiheit erringen wollen, ist ihnen Lohnes genug.

Zu Magdeburg ist eine Dienstbotenorganisation gegründet worden. Auf Veranlassung des dortigen Gewerkschaftskartells wurden kurz hintereinander zwei Flugblätter in je 6000 Exemplaren an die Dienstboten ausgegeben. Zwei öffentliche Dienstmädchenversammlungen fanden statt und waren ziemlich gut besucht. In der ersten Versammlung referierte Arbeitersekretär Mößinger, in der zweiten Fräulein Saar-Berlin. Vorsitzende des Vereins ist Frau Mahn, Kassiererin Frau Knöfler. Der Verein zählt über fünfzig Mitglieder, denen die Monatschrift des Berliner Vereins für die Interessen der Hausangestellten gratis zugestellt und unentgeltliche Stellenvermittlung gewährt wird. Der Stellen nachweis befindet sich bei der Kassiererin, Frau Knöfler, Neustädterstraße 6. Bei ihr sowie bei der Vorsitzenden, Frau Mahn, Rotekrebsstraße 2, werden auch Beitrittserklärungen und Beitragzahlungen entgegengenommen. Das Arbeitersekretariat, Fürstenufer 6, erteilt den Mitgliedern unentgeltlich Auskunft in allen Angelegenheiten, die das Dienstverhältnis betreffen, und gewährt ihnen freien Rechtschutz. Wir wünschen dem Verein eine gedeihliche Entwicklung.

Den Kampf gegen ihre Ausnahmestellung haben die Dienstmädchen und Dienstmädchen in Dänemark aufgenommen. Sie unterstehen einem Ausnahmesez, das mit der preussischen Gefindeordnung eine traurige Ähnlichkeit hat, und sind von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen. Sie haben daher beschlossen, folgendes Gesuch an Regierung und Reichstag zu richten:

„Die unterzeichneten Dienstleute aus den verschiedensten Teilen des Landes richten hiermit an die Regierung und den Reichstag die dringende Aufforderung, durch Gesetz das Dienstleutengesetz vom 10. Mai 1854 und alle dazu gehörenden veralteten Gebräuche aufzuheben, das Dienstverhältnis zwischen Arbeitgeber und Knechten, Mägden, Dienstjungen zu einem freien Vertragsverhältnis zu machen, sowie dafür zu sorgen, daß uns das Wahlrecht gegeben wird, damit wir mit den übrigen Ständen teilhaben an den Gütern der Freiheit und Gleichheit. Es schickt sich nicht für ein freies Land, einen Sklavenstand zu haben. Gebt uns Freiheit, gebt uns Recht, und wir werden uns dessen würdig zeigen!“

Die Forderung der Dienstboten wird energisch von der Sozialdemokratie vertreten. Der Hauptvorstand des sozialdemokratischen Verbandes, der aus 51 Mitgliedern besteht, die von den Parteigenossen aller Landesteile gewählt werden, hat auf seiner letzten Halbjahresversammlung einstimmig die sozialdemokratische Fraktion beauftragt, im Parlament für das Recht der Dienstboten einzutreten. Die Fraktion hat dementsprechend einen Vorschlag zur Verfassungsänderung eingebracht, welcher für alle Dienstleute das politische Wahlrecht fordert. Es versteht sich am Rande, daß sie außerdem für die Aufhebung des Gefindegesetzes eintritt. Überall ist die Sozialdemokratie die zuverlässigste Vorkämpferin für das Recht und die Interessen der Dienstboten.

Frauenstimmrecht.

Bei den **Municipalwahlen in zahlreichen Städten von England und Wales** wurden fünf von elf aufgestellten Kandidaturen gewählt. Die Arbeiterpartei eroberte 22 neue Mandate, die Sozialdemokraten errangen fünf. **Daß das beschränkte Frauenwahlrecht in der Hauptsache ein Damenwahlrecht ist**, geht aus dem Bericht der norwegischen Arbeiterpartei an den siebenten skandinavischen Arbeiterkongress hervor. In demselben ist aus-

drücklich konstatiert, daß der Wahlsensus das kommunale Wahlrecht, das 1901 zum erstenmal von den Frauen ausgeübt wurde, für die meisten Arbeiterfrauen illusorisch macht. Die sozialdemokratische Partei kämpft deswegen weiter für das gleiche und allgemeine Wahlrecht aller Frauen.

Frauenbewegung.

Der preussische **Landesausschuß für Frauenstimmrecht** hielt am 6. November in Berlin eine Versammlung ab, in der Herr v. Gerlach über das „Allgemeine, gleiche, geheime und direkte Stimmrecht für Preußen“ referierte. Er unterzog das bestehende Landtagswahlrecht einer eingehenden Kritik und verlangte die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Ferner behauptete er, die Liberalen würden nicht eher ruhen, bis auch das Frauenwahlrecht erobert sei. Das liege freilich noch in weiter Ferne. Augenblicklich sei für die Frauen nicht viel zu erwarten. Sie möchten nur erst mithelfen, den Männern das Reichstagswahlrecht in Preußen zu erkämpfen.

Es entbehrt nicht eines gewissen Humors, daß einer der „ernsthaften liberalen Politiker“, auf den die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen vor allem ihre Hoffnung gesetzt haben, der Herr v. Gerlach, den Damen hier ein duftendes „Wort ein Weilchen“ präsentiert hat. Welch eine Enttäufung haben die bürgerlichen Frauen seinerzeit zur Schau getragen, als unsere Genossen in Belgien und Österreich das Frauenwahlrecht bei ihren Wahlforderungen glaubten aus taktischen Gründen zurückstellen zu müssen! Wie ließen sie sich keine Gelegenheit entgehen, die Sozialdemokratie darob ihres Mißtrauens zu versichern! Ihr Lieblingsheld v. Gerlach, der jetzt dieselbe Taktik empfiehlt, büßt aber darum doch nichts von dem unbegrenzten Vertrauen der Frauenrechtlerinnen ein. — Wenn nun die bürgerlichen Damen solche Erfahrungen schon am grünen Holze des Herrn v. Gerlach machen müssen, was wollen sie dann von dem dünnen der Herren Kopsch, Fischbeck, Wiemer usw. erwarten? Aber die wahre Liebe läßt sich nicht betriren. Sie erträgt alles, sie glaubt alles, sie hofft alles, sie duldet alles. Und wenn der Liberalismus auch in Frankfurt bewiesen hat, daß er tödter ist als tot, so wird das die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen doch nicht hindern, seine Leiche — wie einst die Spanier den toten Sid — vor sich auf's Pferd zu binden und ihrem Heerhäuflein voranzuführen. Der alte Sid war freilich sein Lebtage ein trefflicher Kriegsmann, und so schreckte er seine Feinde noch im Lode. Der Liberalismus aber ist schon bei Lebzeiten ein gar trauriger Held gewesen. Wen glauben die bürgerlichen Damen mit seiner Leiche besiegen zu können? Allerdings, der Heerhaufen ist seines toten Führers wert. Hat doch sogar die „linksliberale“ Frauenrechtlerin Fräulein Wischniewska empfohlen, ganz sachte, sachte und stufenweise vorzugehen und ja nicht für Preußen gleich das Reichstagswahlrecht zu verlangen, von dem ja doch nur die bösen Sozialdemokraten den Nutzen haben würden.

Immer langsam voran, immer langsam voran, Daß der Krähwinkler Landsturm nachkommen laun!

Berichtigung.

Der Artikel „Soziale Gegensätze in der Augsburger Textilindustrie“ in Nr. 22 der „Gleichheit“ gibt, wie in ihm hervorgehoben wurde, in der Hauptsache einen Auszug aus einer Broschüre, die der Deutsche Textilarbeiterverband herausgegeben hat. Dem betreffenden Material sind noch einige Ausführungen über den Stand der gewerkschaftlichen Organisation in Augsburg hinzugefügt, bei denen eine Unrichtigkeit unterlaufen ist. Es heißt da, daß gerade die Augsburger Textilarbeiter zumeist den christlichen und den gelben Gewerkschaften angehören. Als Verfasser der Broschüre, an welche der Artikel anknüpft, und Geschäftsführer der Augsburger Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes stellt demgegenüber der Unterzeichnete fest, daß von den 18000 Textilarbeitern in Augsburg und Umgebung kaum ein paar hundert der christlichen Organisation angehören und auch die Gelben, trotz der Unterstützung aller Arbeiterfeinde, erst 13 bis 1400 Mitglieder zählen. Die hiesige Filiale unseres Verbandes umschließt dagegen, ungeachtet des schweren Kampfes, den sie gegenwärtig zu bestehen hat, nach der letzten Abrechnung noch immer 2005 Mitglieder. Sind hierorts auch die Organisationsverhältnisse der Textilarbeiterschaft tief betrübend, so möchte ich doch nicht, daß die Zustände noch schwärzer erscheinen, als sie in Wirklichkeit sind. W. Deffner.

Paul Singer, Verlagsanstalt und Buchdruckerei, Stuttgart.

Solange der Vorrat reicht, offerieren wir:

Für unsere Kinder
Weihnachtsbuch der Gleichheit
Herausgegeben von Klara Seffin (Sundel)
Preis kartoniert M. 1.—
Vereine, die eine größere Anzahl Exemplare bestellen, erhalten einen Vorzugspreis.

Das **Weihnachtsbuch der Gleichheit** besteht aus den beiden Jahrgängen 1905 und 1906 der Beilage der Gleichheit „Für unsere Kinder“. Die Ausgabe ist erfolgt auf Grund vielfach geäußelter Wünsche aus den Reihen proletarischer Frauen. Wir sind überzeugt, daß der reiche Inhalt des Buches den Kindern unserer Proletarier eine nie verlassende Quelle der Unterhaltung und Belehrung bieten dürfte.
Der Verlag der Gleichheit.

Einem müden Kämpfer.

Von Leon Dollé.

„Daß so viel Schönheit Hunger leidet!
Daß so viel Heldensinn verdirbt!
Daß so viel Niedertracht sich weidet,
Wenn eine stolze Hoffnung stirbt!“

Du hast mit Mannesmut gestritten,
Run aber der entneroten Hand
Der Hammer deines Jorns entglitten,
Schaust du voll Bitterkeit ins Land.

Weit hinten in verflammten Glüten
Wie schwerer Sonnenuntergang
Scheint alle Hoffnung zu verbluten,
Die einst dein Kämpferherz durchdrang.

Schau auf, Schau auf, du müder Streiter!
Noch weitet sich dem Sturm die Welt,
Noch steht die Schar der Wegbereiter
Mit Trost und Siegerblick im Feld!

Noch immer, wenn sich Augen dunkeln
Und müde Helden schlafen gehn,
Siehst du der Jugend Sterne funkeln
Und neue Kräfte auferstehn.

Und alle Schönheit, deren Scherben
Dein Herz ergrimmt versunken wohnt,
Wird nicht in Ewigkeit verderben,
Wenn auch ein Abgrund vor dir gähnt.

Im Erdenchoß, dem sie entnommen,
Reist sie zu köstlichem Ertrag;
Bald wird der rechte Bergmann kommen —
Schon lauscht das Volk dem Stundenschlag!

Aus dem „Hungerpastor“.

Von Wilhelm Raabe.

Vom Hunger will ich in diesem schönen Buche handeln, von dem, was er bedeutet, was er will und was er vermag. Wie er für die Welt im ganzen Schicksal und Wischnu, Zerstörer und Erhalter in einer Person ist, kann ich freilich nicht auseinandersetzen, denn das ist die Sache der Geschichte; aber schildern kann ich, wie er im einzelnen zerstörend und erhaltend wirkt und wirken wird, bis an der Welt Ende.

Dem Hunger, der heiligen Macht des echten, wahren Hungers widme ich diese Blätter, und sie gehören ihm auch von Rechts wegen, was am Schluss hoffentlich vollkommen klar geworden sein wird. Mit letzterer Versicherung bin ich einer weiteren Vorrede, welche zur Gemütlichkeit, Erregung und Aufregung des Lesers doch nur das wenigste beitragen würde, überhoben und beginne meine Geschichte mit unbegrenztem Wohlwollen sowohl gegen die Mitwelt und Nachwelt, als auch gegen mich selber und alle mit im Lauf der Erzählung vorübergehenden Schattenbilder des großen Entsehens, Seins und Vergehens — des unendlichen Werdens, welches man Weltentwicklung nennt, welches freilich ein wenig interessanter und reicher als dieses Buch ist, das aber auch nicht, wie dieses Buch, in drei Teilen zu einem befriedigenden Abschluß kommen muß.

„Da haben wir den Jungen! Da haben wir ihn endlich — endlich!“ rief der Vater meines Helden und tat einen langen erleichternden Atemzug, wie ein Mann, der langes vergebliches Sehnen, schwere Arbeit, viele Mühen und Sorgen getragen hat und endlich glücklich zu einem glücklichen Ziel gekommen ist. Mit Augen, glänzenden Augen sah er herab auf das unansehnliche, kümmerliche Stück Menschentum, welches ihm die Wehemutter in die Arme gelegt hatte, grad' als die Feierabendglocke erklang. Eine Träne stahl sich über die hagere Backe des Mannes, und die scharfe, spige, kluge väterliche Nase senkte sich immer tiefer gegen das unbedeutende, kaum erkennbare Näschen des Neugeborenen, bis sie plötzlich mit einem Ruck wieder emporfuhr und sich ängstlich fragend gegen die gute, hilfreiche Frau, die so viel zu seinem Entzücken beigetragen hatte, richtete.

„O Frau Gevatterin — Gevatterin Liebus, es ist doch wirklich, wirklich einer? Sag's noch einmal, daß Ihr Euch nicht irrt — daß dem wirklich, wirklich also ist!“

Die Wehemutter, welche bis jetzt mit selbstbewußtem, lächelndem Kopfnicken der ersten zärtlichen Begrüßung zwischen Vater und Sohn zugehört hatte, hob nun ebenfalls ihre Nase sehr ruckartig, verschuckte mit einer unnachahmlichen Bewegung beider Arme alle Geister und Geisterchen des Wohlwollens und der Zufriedenheit, von welchen sie bis jetzt umflattert wurde, stemmte die Fäuste in die Seite,

* „Der Hungerpastor“. Von Wilhelm Raabe. Berlin, Verlag von Otto Janke. Wir veröffentlichen das erste Kapitel aus Raabes feinsinnigen Roman, um bei der herannahenden Weihnachtszeit die Aufmerksamkeit unserer Leserinnen auf die Werke eines echten Dichters zu lenken, der leider viel zu wenig unter den Massen bekannt ist. Genüß: es ist nicht die sozialistische Gedankenwelt, die in Raabes Schöpfungen lebt und weht. Es ist die Welt des Kleinbürgertums, welche in unseren Tagen mehr und mehr von den Fluten der großkapitalistischen Entwicklung verschlungen wird. Aber diese Welt ist mit den Augen und der Seele eines ganzen Künstlers geschaut und geschildert, der, von demokratischer Gesinnung tief durchdrungen, mit den „kleinen Leuten“ fühlt. Das erste Kapitel des „Hungerpastors“ enthält ein in sich abgeschlossenes warmempfundenes Gemälde kleinbürgerlichen Lebens, das in anschaulicher Weise eine Vorstellung von Raabes Kunst gibt. Wir wollen nicht verschleiern, den Arbeiterbibliotheken nahelegen, ihre Unterhaltungsliteratur durch die Anschaffung von Raabes Werken zu bereichern.

und mit Hohn, Verachtung und beleidigtem Selbstgefühl sprach sie:

„Meister Unwirsch, Ihr seid ein Narr! Laßt Euch an die Wand malen! . . . Ob es einer ist? — hat die Welt je so was gehört von solchem alten, verständigen Menschen und Hausvater? . . . Ob es einer ist? Meister Unwirsch, ich glaube, nächstens verlernt Ihr noch, einen Stiefel von einem Schuh zu unterscheiden. Da steht man's recht, was für ein Weiden es ist, wenn die Gottesgabe so spät kommt. Ist das kein Junge, den Ihr da haltet? Ist das wirklich kein Junge, kein richtiger, echter Junge? Jesus, wenn die alte Kreatur nicht das arme Geschöpf in den Armen hielte, so möchte ich ihr schon eine Tachtel um solch 'ne nichtsbrauchige, färröhlige Frage stechen! Kein Junge! Wohl ist es ein Junge, Gevatter Pechbraut — zwar keiner von die schwersten; aber doch 'n Junge wie was! Und wieso ist's kein Junge? Ist nicht der Buohnohparthe, der Napohglion wieder unterwegs übers Wasser, und gibt's nicht Krieg und Raubbalgerei zwischen heut und morgen, und braucht man etwa keine Jungen, und werden nicht etwa in jehiger gesegneter und geschlagener Zeit mehr Jungen als Mädchen drum in die Welt gesetzt, und kommen nicht auf ein Mädchen drei Jungen, und kommt Ihr mir so, Gevatter, und wollt einer gewickelten und gewiegten Person nichtswürdige Fragen stellen? Laßt Euch an die Wand malen, Gevatter Unwirsch, und drunter schreiben, wofür ich Euch halte. Gebt her den Jungen, Ihr seid gar nicht wert, daß er sich mit Euch abgibt — marsch fort mit Euch zu Eurer Frau — am Ende fragt Ihr die auch noch, ob's — ein — Junge — ist!“

Anfang wurde das Wickelkind aus den Armen des verachteten, niedergeschmetzten Vaters gerissen, und nach abermaligem Atemholen humpelte der Meister Anton Unwirsch in die Kammer zu seiner Frau, und die Glocken des Feierabends läuteten immer noch; wir aber wollen weder die beiden Ehegatten noch die Glocken stören — sie sollen ihre Gefühle ausfließen lassen, und niemand soll drein reden und schreien dürfen.

Arme Leute und reiche Leute leben auf verschiedene Art in dieser Welt; aber wenn die Sonne des Glücks in ihre Gärten, Häuser oder Paläste scheint, so vergoldet sie mit ganz dem nämlichen Schein die hölzerne Wand wie den Sammetstempel, die getünchte Wand wie die vergoldete, und mehr als ein philosophischer Schlaupfopf will bemerkt haben, daß, was Freude und Leid betrifft, der Unterschied zwischen reichen und armen Leuten gar so groß nicht sei, wie man auf beiden Seiten oft, sehr oft, ungemein oft denkt. Wir wollen das dahingestellt sein lassen; uns genügt es, daß das Lachen nicht Monopol und das Weinen nicht Servitut ist auf diesem runden, an beiden Polen abgeplatteten, feuergefüllten Ball, auf welchem wir uns ohne unseren Willen einfinden, und von welchem wir ohne unseren Willen abgehen, nachdem uns der Zwischenraum zwischen Kommen und Gehen fauer genug gemacht wurde.

In armer Leute Haus schien jetzt die Sonne, das Glück beugte sein Haupt unter der niederen Tür und trat lächelnd herein, beide Hände offen zum Gruß darbietend. Es war hohe Freude über die Geburt des Sohnes bei den Eltern, dem Schuster Unwirsch und seiner Frau, welche so lange darauf gewartet hatten, daß sie nahe daran waren, solche Hoffnung gänzlich aufzugeben.

Und nun war er doch gekommen, gekommen eine Stunde vor dem Feierabend! Die ganze Kröppelstraße wußte bereits um das Ereignis, und selbst zum Meister Nikolaus Grünebaum, dem Bruder der Wöchnerin, welcher ziemlich am anderen Ende der Stadt wohnte, war die frohe Botschaft gedrungen. Ein grinsender Schusterjunge, der seine Pantoffeln, um schneller laufen zu können, unter den Arm genommen hatte, brachte die Nachricht dahin und schrie sie atemlos dem Meister in das weniger taube Ohr, was zur Folge hatte, daß der gute Mann während fünf Minuten viel dämmer aussah, als er war. Jetzt aber war er bereits auf dem Wege zur Kröppelstraße, und da er als Bürger, Hausbesitzer und anständiger Meister die Pantoffel nicht unter den Arm nehmen konnte, so war davon die Folge, daß ihn der eine treulos an einer Straßenecke verließ, um das Leben auf eigene Hand oder vielmehr auf eigener Sohle anzufangen.

Als der Oheim Grünebaum in dem Hause seines Schwagers ankam, fand er daselbst so viele gute Nachbarinnen mit Ratsschlägen und Meinungsäußerungen vor, daß er sich in seiner jammerhaften Eigenschaft als alter Junggesell und ausgesprochener Weiberhasser höchst überflüssig erscheinen mußte. Er erschien sich auch in solchem Lichte und wäre beinahe umgekehrt, wenn ihn nicht der Gedanke an den in dem „Värmfal“ elendig verlassenen Schwager und Handwerksgeoffen doch dazu gebracht hätte, seine Gefühle zu beweisen. Brummend und grunzend drängte er sich durch das Frauenvolk und fand endlich richtig den Schwager in einer auch nicht sehr beneidenswerten und leuchtenden Lage und Stellung.

Man hatte den Armen vollständig beiseite geschoben. Aus der Kammer der Wöchnerin hatte ihn die Frau Liebus hinausgemahregelt; in der Stube unter den Nachbarinnen war er auch vollkommen überflüssig; der Gevatter Grünebaum entdeckte ihn endlich kümmerlich in einem Winkel, wo er zusammengekrücht auf einem Schemel saß und Teilnahme nur an der Hauslage fand, die sich an seinen Weinen rieb. Aber in seinen Augen war noch immer jener Glanz, der aus einer anderen Welt zu stammen scheint: Der Meister Unwirsch hörte nichts von dem Flüstern und Schnattern der Weiber, er sah nichts von ihrem Durcheinander, er sah auch den Schwager nicht, bis dieser ihn an den Schultern packte und ihn auf nicht sehr sanfte Art ins Bewußtsein zurückschüttelte.

„Gib 'n Zeichen, daß du noch bei's labendige Dasein bist, Anton!“ brummte der Meister Grünebaum. „Sei 'n Mensch und 'n Mann, wirf die Weibsteute raus, alle, bis auf — bis auf die Base Schlotterbeck dort. Denn ob'schonst der Deibel die Graden und die Ungraden nimmt, so ist das doch die einzigste drunter, die 'nen Menschen wenigstens alle Stunde einmal zu Worte kommen läßt. Willst du nicht? Kannst du nicht? Darfst du nicht? Auch gut, so sah hinten meine Jacke, daß ich dich sicher aus dem Lummelt bringe; komm' die Trepp' herauf und laß es gehen, wie es will. Also der Junge ist da? Na, gottlob, ich dachte schon, wir hätten wieder vergeblich gelauert.“

Durch die Weiber schoben sich seitwärts die beiden Handwerksgeoffen, gelangten mit Mühe auf den Hausflur und stiegen die enge, knarrende Treppe hinauf, welche in das obere Stockwerk des Hauses führte, allwo die Base Schlotterbeck ein Stübchen, eine Kammer und eine Küche gemietet hatte, und wo also die Familie Unwirsch nur noch über ein Gemach gebot, welches so mit Gegenständen von allerlei Art vollgepfropft war, daß für die beiden ehrenwerten Silberbrüder kaum noch der nötige Platz zum Niederhocken und Seelenaustausch übrig blieb. Kisten und Kasten, Kräuterbündel, Maiskolben, Lederbündel, Zwiebelbündel, Schinken, Würste, unendliche Kumpelien waren hier mit wahrhaft genialer Geschicklichkeit neben, unter, über, vor- und zwischeneinander gedrängt, gehängt, gestellt, gestopft und geworfen, und kein Wunder war's, wenn der Schwager Grünebaum hier seinen zweiten Pantoffel verlor.

Aber die letzten Strahlen der Sonne fielen durch die beiden niedrigen Fenster in den Raum; vor den Nachbarinnen und der Frau Liebus war man in Sicherheit. Auf zwei Kisten setzten sich die beiden Meister, einander gegenüber, nieder, reichten sich die Hände und schüttelten sie während wohlgezählter fünf Minuten.

„Gratulabundum, Anton!“ sagte Nikolaus Grünebaum.

„Ich danke dir, Nikolaus!“ sagte Anton Unwirsch.

„Bivat, er ist da! Bivat, er lebe hoch! — nochmal, ab!“ schrie aus vollem Halse der Meister Grünebaum, brach aber ab, als ihm der Schwager die Hand auf den Mund drückte.

„Nicht so laut, um Gottes willen nicht so laut, Niklas! Die Frau liegt hier gerade unter uns und hat so schon ihre liebe Not mit den Weibern.“

Die Faust ließ der neue Onkel auf seine Knie fallen:

„Hast recht, Bruderherz; der Deibel hole die Graden und die Ungraden. Aber nun geh' mal los, Alter, wie ist dir denn zumute? Allewege ganz und gar nicht wie sonst? Ho ho! wie sieht denn die Kröte aus? Alles an die rechte Stelle? Nase, Mund, Arm und Bein? Nichts vermalhört? Alles in Ordnung: Strippen und Schäfte, Oberleder, Spanne, Haden und Sohle? Gut verpicht, vernagelt und abrett gewickelt?“

„Alles, wie es sein muß, Bruderherz!“ rief der glückliche Vater, die Hände aneinanderreibend. „Ein Staatsjunge! Gott segne uns in ihm. O, Niklas, tausenderlei wöllt' ich dir sagen, aber es würgt mich zu sehr in der Kehle; alles geht rund mit mir um —“

„Laß es gehen, wie's will; wenn die Rahe vom Dach geworfen ist, muß sie sich erst besinnen,“ sagte der Schwager Grünebaum. „Die Frau ist doch wohlau?“

„Gott sei's gedankt. Sie hat sich gehalten wie eine Heldin; keine Kaiserin hätt's besser gemacht.“

„Sie ist eine Grünebaum,“ sagte Nikolaus mit Selbstbewußtsein, „und die Grünebaums können im Notfall die Zähne zusammenbeißen. Auf was für'n Namen willst du den Jungen gehen lassen, Anton?“

Mit der hageren Hand fuhr der Vater des Neugeborenen über die hohe, furchenreiche Stirn und starrte einige Augenblicke durch das Fenster ins Weite. Dann sagte er:

„Getauft soll er werden auf drei Handwerksgeoffen. Johannes soll er heißen wie der Poete in Nürnberg und Jakob wie der hochgelobte Philosophus von Görtitz, und wie zwei Flügel sollen ihm die beiden Namen sein, daß er damit aufsteige von der Erde zum blauen Himmel und sein Teil Licht nehme. Aber zum Dritten will ich ihn Nikolaus nennen, damit er immer wisse, daß er auf der Erde einen treuen Freund und Fürsorger habe, an welchen er sich halten kann, wenn ich nicht mehr vorhanden bin.“

„Das nenn' ich 'nen Sah mit 'nem Kopf von Sinn und Verstand und 'nem dicken unsinnigen Schwanz. Die Namen gib ihm, und es soll für uns alle drei Personen 'ne Ehre sein; aber mit den alten närrischen Todesschrullen bleib mir vom Leibe. Fett bist du nicht, und 'nen Ochsen schlägst du auch gerade nicht mit der bloßen Faust nieder; aber den Pechbraut kannst du noch manch hübsches Jährlein ziehen, du alter spintzierender Wüchser!“

Der Meister Unwirsch schüttelte den Kopf und brachte die Rede auf andere, und mancherlei sprachen die beiden Schwäger noch miteinander, bis es vollständig dunkel in der Kumpelkammer geworden war.

Es klopfte jemand an die Tür, und der Meister Grünebaum rief:

„Wer ist mich da? Weibervoll wird nicht hereingelassen!“

„Ich bin's,“ rief eine Stimme draußen.

„Wer?“

„Jeh!“

„'s ist die Base Schlotterbeck,“ sagte Unwirsch. „Schieb' nur den Riegel zurück; wir haben lange genug hier oben gefessen; vielleicht darf ich die Frau noch einmal sehen.“

Brummend gehorchte der Schwager, und die Base leuchtete mit ihrer Lampe in die Kammer. (Schluß folgt.)

Verantwortlich für die Redaktion: Hr. Max Petzin (Bundest), Wilhelmstraße 10, Postfach 100, bei Stuttgart.
Verlag und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.